Beilage: Diskussionsbeitrag der KPD/ML zu den Gesprächen mit der GRF (KPD) zur Einheit der Marxisten-Leninisten

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 47 vom 22. November 1975 — 9. Jahrgang — 50 Pfennig

Aktionen der Revisionisten bahnten dem Lohnraubabschluss den Weg

Grosse Empörung über 5%-Verrat

5% „Lohn und Gehaltserhöhung"; einmaliger Pauschalbetrag von 25 DM für die 2. Oktoberhälfte; Anhebung der Sonderzahlung um 10% und ganze 22 DM für die Lehrlinge. Das ist der widerwärtige und hinterhältige Lohnraubabschluß, den die Gewerkschaftsführer gemeinsam mit den Stahlkapitalisten beschlossen haben. Bewußt haben sie diesen unverschämten Lohnraub am Wochenende bekannt gegeben, als kaum ein Kollege im Betrieb war. Sie fürchten die Empörung und den Haß der Stahlarbeiter gegen diese Provokation. So verschleiern sie das Ergebnis und sprechen von 6%-Abschluß, damit es nicht so niedrig erscheint.

Während am Freitag noch Tausende Stahlarbeiter in den Stahlwerken gegen die 5%-Provokation der Stahlkapitalisten protestierten, beschlossen die IGM-Führer und die Stahlkapitalisten den 5%-Lohnraubabschluß. Noch Stunden vorher tönten die IGM-Bonzen, „5% sichern nicht einmal das Realeinkommen". Gleich nachdem sie aber den Abschluß perfekt hatten, behauptete Herb, Bezirksleiter der IGM: „Dieser Abschluß deckt die Preissteigerungen im nächsten Jahr." Das zeigt, wie verlogen und hinterhältig die Gewerkschaftsführer gegen die Arbeiterklasse vorgehen, um im Interesse der Stahlkapitalisten den Tarifabschluß so niedrig wie möglich zu halten.

Noch in der Nacht nach dem Abschluß sagte Herb: „Dieser Abschluß trägt den Gegebenheiten in der Stahlindustrie Rechnung." Als ob es in unserem Interesse wäre, daß sich unsere „Lohnerhöhungen" an der Lage der Kapitalisten orientieren. Die IGM Führer wollen uns einreden, daß wir Rücksicht auf die schlechte wirtschaftliche Lage der Stahlkapitalisten nehmen müßten, um gemeinsam mit ihnen die Krise zu überwinden.

Doch Arbeiter und Kapitalisten haben keine gemeinsamen Interessen, das zeigt sich besonders in der Krise. Gerade in der Krise wird die Verelendung der Werktätigen ungeheuer verschärft. Der Staat plündert die Werktätigen aus, in den Betrieben wird die Rationalisierung auf die Spitze getrieben und Tausende Arbeiter fallen ihr zum Opfer, fliegen auf die Straße. In allen Bereichen des Lebens verschlechtert sich die Lage der Werktätigen. Dieser Tarifabschluß ist genau im Sinne der Kapitalisten und treibt die Verelendung der Arbeiter noch voran.

Für viele Stahlarbeiter sind mit diesem Abschluß nicht einmal die Verluste durch die Kurzarbeit ausgeglichen, geschweige denn die immensen Preissteigerungen von diesem Jahr und erst recht nicht die vom nächsten Jahr. Von Lohnerhöhung kann gar keine Rede sein, das ist ein ganz brutaler Lohnraub. **Nicht Klassenversöhnung und Rücksichtnahme auf die Kapitalisten ändert unsere Lage, sondern revolutionärer Klassenkampf. Erst die gewaltsame Abschaffung des Kapitalismus in der Revolution wird dieser Ausbeutung und Ausplünderung ein Ende machen.**

Dieser Lohnraub konnte nur in engster Zusammenarbeit des gewerkschaftsapparates mit den modernen Revisionisten der D„K"P, den Agenten der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiter durchgesetzt werden. Schon bei der Aufstellung der Forderung waren es die D„K"P Revisionisten, die die Kollegen hinter die 8%-Forderung des Gewerkschaftsapparates bringen wollten, obwohl die Stahlarbeiter viel mehr gefordert hatten. Scheinheilig hatte die D„K"P zuerst 12% gefordert und ist dann sofort auf die 8% des IGM-Apparates umgeschwenkt.

Als die Proteste gegen die 5%-Provokation der Stahlkapitalisten immer lauter wurden und die Kollegen Protestaktionen durchführten,

Fortsetzung auf Seite 3



Ca. 7 000 Stahlarbeiter der Thyssen Hütte in Duisburg zeigten hohe Kampfbereitschaft gegen die 5%-Provokation der Stahlkapitalisten. Für zwei Stunden legten sie den gesamten Verkehr lahm.

20 Jahre Bundeswehr

Eine Armee gegen die Interessen des Volkes

Vor einigen Tagen feierten die westdeutschen Imperialisten mit einer kleinen Parade in aller Stille den 20. Jahrestag der Gründung der Bundeswehr. Am 12. November 1955 waren den ersten Zeitsoldaten die Ernennungsurkunden ausgehändigt worden. Diese Gründung vor 20 Jahren bietet den westdeutschen Imperialisten wahrhaftig keinen geeigneten Anlaß für große Feste. Denn sie wurde gegen den Willen des deutschen Volkes durchgesetzt, das in einer machtvollen Friedensbewegung jahrelang einen breiten Kampf gegen die Remilitarisierung geführt hatte.

Nach der Niederlage des Hitlerfaschismus trat das deutsche Volk in seiner Mehrheit für die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens ein, für die Ausrottung des deutschen Militarismus, gegen Krieg, für ein einiges, demokratisches und friedliches Deutschland. Die besten Teile der Arbeiterklasse kämpften für die Verwirklichung dessen unter der Führung ihrer Kommunistischen Partei und ihres Jugendverbandes, der FDJ. Doch schon wenige Jahre nach Beendigung des Weltkrieges erklangen neue Rufe nach Krieg – diesmal aus Washington. Die US-Imperialisten, die sich als Kämpfer gegen den Hitlerfaschismus gaben, zeigten ihr wirkliches Gesicht: Sie hatten einen Teil Deutschlands besetzt, um Hitlers Erbe anzutreten und zumindest einen Teil Deutschlands zu einem Aufmarschgebiet, zu einem Stoßkeil der internationalen Konterrevolution gegen die sozialistische Sowjetunion und die jungen volksdemokratischen Länder zu machen. „Es gibt genug Deutsche, die für die USA-Interessen sterben können", erklärte in aller Offenheit der US-General Collins.

In Deutschland brach ein Proteststurm los. Eine breite Bewegung entfaltete sich gegen die amerikanischen Kriegspläne, gegen eine Remilitarisierung des eben von den US-Imperialisten abgespalteten westdeutschen Separatstaates. Doch hinter dem Rücken des deutschen Volkes war das Adenauer-Regime schon lange dabei, in Verhandlungen mit den US-Imperialisten den deutschen Imperialismus und Militarismus im Westen wieder auf die Beine zu bringen. Die deutschen Imperialisten spekulierten bei ihren Verhandlungen in Washington darauf, die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus wenigstens im Westen Europas wieder aufzurichten. Und der amerikanische Imperialismus war gewillt, den deutschen zu stärken, damit er Leitwolf in der Atlantikpaktmeute des US-Imperialismus gegen das sozialistische Lager werden. „Für jeden Dollar Kampfkraft im Werte eines Dollars" – das war die Forderung aus Washington. So verkauften die westdeutschen Imperialisten willig die nationalen Interessen des deutschen

Fortsetzung auf Seite 8

Im Prozeß gegen Hanfried Brenner

12 000 DM Geldstrafe

Am 13. 11. wurde Genosse Hanfried zu 12 000 DM Geldstrafe, ersatzweise 400 Tage Haft verurteilt. 12 000 DM, den durchschnittlichen Jahresverdienst eines Arbeiters, soll Genosse Hanfried deshalb bezahlen, weil er für verschiedene Flugblätter und Betriebszeitungen, die die Wahrheit über den Tod des Genossen Günter verbreiteten und für die erste Dokumentation der Partei presserechtlich verantwortlich ist und weil es bei seinem Arbeitsgerichtsprozeß gegen die Mannesmann-Bosse zum faschistischen Überfall der Polizei kam.

Der ROTE MORGEN sprach aus Anlaß der Urteilsverkündung mit Genossen Hanfried.

RM: Genosse Hanfried, am 13. ist Dein Prozeß zu Ende gegangen. Wie ist der letzte Verhandlungstag abgelaufen? Wie schätzt Du das Urteil ein?

Hanfried: Ich bin am letzten Verhandlungstag in meinem Schlußwort ausführlich auf den Prozeßverlauf eingegangen und habe Punkt für Punkt noch einmal nachgewiesen, warum Günter Routhier sterben mußte, daß die Polizei die Zuschauer und mich bei meinem Arbeitsgerichtsprozeß auf faschistische Art und Weise überfallen hat. Daß das Gericht sich nicht an die offenkundigen Tatsachen gehalten hat in seinem Urteil, ist keine Ausnahme, sondern die Regel. Alle Prozesse gegen Revolutionäre und Kommunisten zeigen, daß es in den westdeutschen Gerichten nicht um Tatsachen geht, sondern darum, den Kampf gegen den Kapitalismus, für die sozialistische Revolution zu bestrafen.

Fortsetzung auf Seite 5

AUS DEM INHALT

SPD-Parteitag in Mannheim

"Verantwortung für Deutschland, Freiheit, Sicherheit..."

Betrugsparolen einer reaktionären Partei

Die SPD hat in Mannheim ihren Parteitag abgehalten. Sie selbst hatte ihn unter die Parole „Verantwortung für Deutschland" gestellt und Willy Brandt erklären lassen, daß „Freiheit, Sicherheit, soziale Demokratie" der Auftrag seien, der die Politik der SPD bestimme. In Wirklichkeit aber lautet ihr Auftrag: Die Werktätigen auszuplündern, ihre Unterdrückung zu verbessern und zu perfektionieren, eine Politik des nationalen Verrats gegenüber den beiden Supermächten zu betreiben — und das alles mit einem hübschen Kleid zu umgeben, sich selbst und den Kapitalismus in vorteilhaftestem Licht erscheinen zu lassen und sich das Etikett einer Partei anzukleben, die auf der Seite der Werktätigen steht.

Allerdings, in diesem Jahr war das nicht so einfach. Es ist schließlich die SPD, die seit sechs Jahren die Regierung stellt. Damals wurde Willy Brandt zum Kanzler bestellt und setzte sogleich den Beginn seiner Regierungszeit mit dem Anbruch einer neuen Zeit gleich. Eine „neue Lebensqualität" wurde versprochen, Reformen, die das Leben der Werktätigen erleichtern und ihren Lebensstandard erhöhen, sollten in Angriff genommen werden, mit Brandt, so hieß es, beginne eigentlich erst die „Demokratie".

Heute kann jeder sehen, was diese Versprechungen wert waren: Über eine Million Arbeitslose, Teuerung, Inflation, Raubzüge der von der SPD geführten Regierung auf die Taschen der Werktätigen, wachsende und täglich drückendere Lasten auf ihren Schultern... Aber natürlich wurden diese Versprechen auch nicht gemacht, um gehalten zu werden. Sie dienten lediglich dazu, der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen einen rosaroten Anstrich zu verleihen und die Illusion zu schüren, als ob durch den Wechsel einer bürgerlichen Regierung durch eine andere, die Ersetzung einer Regierungspartei durch eine andere, all die Übel des Kapitalismus beseitigt werden könnten und als ob die kapitalistische Ausbeutergesellschaft für die Werktätigen annehmbar und erträglich gemacht werden könnte.

Jede Regierung aber, was für ein Etikett sie sich auch immer umhängen mag, hat der Monopolbourgeoisie, den Imperialisten Höchstprofite zu verschaffen und das Volk niederzuhalten. Tut sie das nicht, wird sie ersetzt. Die Entscheidung darüber, welche Politik eingeschlagen werden soll, fällt ohnehin nicht im Parlament oder im Kabinett, sondern in den Kabinetten der Imperialisten, der Bankiers, Stahl- und Schlotbarone usw., einer kleinen Schicht von Reichen, die das ganze Volk aussaugen und ausplündern.

Die SPD, die eine reiche Erfahrung darin hat, die Werktätigen zu betrügen, hat in Mannheim die von der SPD geführte Koalitionsregierung mit der FDP unter ihrem Kanzler Schmidt als notwendige demokratische Alternative gegenüber einer Regierung der Reaktion, die von der CDU/CSU geführt würde, hingestellt. Brandt erklärte sogar: „Ein Rückzug in die Resignation findet nicht statt. Die SPD katapultiert sich nicht aus der Regierung, um das Feld den Ideologen der Rechten zu überlassen, die an einer Weltwirtschaftskrise schon einmal glanzlos und traurig versagten." Gleichzeitig versuchte die SPD immer wieder so zu tun, als ob sie, die, wie der „Vorwärts" demagogisch schrieb, „mehr Freiheit und mehr soziale Gerechtigkeit für die Benachteiligten schaffen will", nicht so könnte, wie sie gern wollte, weil sie Rücksicht auf die FDP nehmen müsse.

Diese, von der SPD aufgestellte angebliche Alternative ist durch und durch verlogen. Sie ist ebenso verlogen, wie die von der CDU/CSU aufgestellte Behauptung, die SPD sei marxistisch unterwandert und strebe den Sozialismus an. Die SPD ist eine durch und durch reaktionäre bürgerliche Partei, eine Partei des Monopolkapitals. Sie plündert die Volksmassen aus, sie treibt die Faschisierung voran, sie wirft den Monopolen Milliarden in den Rachen, verwendet Unsummen dafür, den Staatsapparat für die Unterdrückung und Niederhaltung der Werktätigen auszurüsten. Brandt begrüßte ausdrücklich das Gesetz über die Berufsverbote.

Die SPD ist darüber hinaus mit den reaktionärsten Kräften verbunden. Der Parteitag nahm eine Resolution an, in der ausdrücklich die Verbindung der Bundesrepublik zu den amerikanischen Imperialisten befürwortet wird und diese imperialistischen Besatzer als Garant der Unabhängigkeit und Freiheit ausgegeben werden. Gleichzeitig forderte der Parteitag die Regierung auf, die gefährliche Politik des Kuhhandels mit den russischen Sozialimperialisten weiterzuführen und verbreitete Entspannungsillusionen.

Zu ihrem Parteitag hatte die SPD auch ca. 200 ausländische Gäste eingeladen, darunter viele aus Ländern der Dritten Welt, aus Spanien und Portugal. Die Arbeit der SPD in diesen Ländern gegen den Kampf der Völker für ihre Freiheit und Unabhängigkeit ist seit langem bekannt. Über die SPD wurden die Dollargeschenke der US-Imperialisten an Soares in Portugal gegeben, und sie selbst versorgte ihn und den proamerikanischen Spanier Gonzales, Mitglied der Sozialistischen Partei, mit DM. Die „Allianz für Frieden und sozialen Fortschritt", deren Gründung Brandt in Mannheim bekanntgab, ist eine neue imperialistische Organisation, ein Komplott gegen die Freiheit und Unabhängigkeit vor allem der Länder der Dritten Welt. Bezeichnend ist übrigens auch, daß in Mannheim der Außenminister der israelischen Zionisten, Allon, der als Ehrengast begrüßt wurde, demonstrativ mit einem provokativen Schild mit der Aufschrift „Ich bin ein Zionist" erschien.

Das Auftreten der SPD in Mannheim, der „Kampf" der bürgerlichen Parteien, der sich bis zur Bundestagswahl in elf Monaten noch weiter zuspitzen wird, die Alternativen, die da angeblich geboten werden — dies alles soll die Illusion aufrechterhalten, daß die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen eine sichere Zukunft und ein glückliches Leben erreichen könnten, ohne die Grundlagen des imperialistischen Systems anzutasten, ohne die proletarische Revolution durchzuführen, die Diktatur des Proletariats zu errichten und den Sozialismus aufzubauen.

Das ist die Hoffnung, mit der die Bourgeoisie die Werktätigen besänftigen will. Die Tatsachen zeigen aber, daß der Ausweg nicht in der Wahl dieser oder jener bürgerlichen Partei liegt, sondern in der proletarischen Revolution, dem einzigen Weg in eine glückliche Zukunft.

Scheelbesuch in Moskau

Friedenslob für Feinde unseres Volkes

Kurz nachdem Bundeskanzler Schmidt als erster Regierungschef der DBR von seiner Reise aus der VR China zurückgekehrt ist, ist Bundespräsident Scheel als erstes Staatsoberhaupt der Bundesrepublik, 20 Jahre nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, nach Moskau gereist. Dieser Besuch Scheels und Genschers in der Sowjetunion sollte, so hieß es, der Weiterentwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen und beiderseitigen Zusammenarbeit, des gegenseitigen Vertrauens und Verständnisses, der Entspannung und europäischen Sicherheit dienen.

Doch während der Besuch Schmidts in der VR China im Interesse des deutschen Volkes stand, steht der Besuch Scheels in Moskau nur im Interesse der westdeutschen Imperialisten und der russischen Sozialimperialisten. Warum begrüßen wir die Reise Schmidts nach China und verurteilen die Reise Scheels nach Moskau?

Der China-Besuch Schmidts hat die Beziehungen des deutschen Volkes zur VR China verbessert. Viele Menschen haben erfahren, daß die VR China auf Seiten des deutschen Volkes steht, daß sie für die nationale Wiedervereinigung des deutschen Volkes eintritt, daß die VR China an der Spitze des Kampfes gegen die Vorherrschaftsbestrebungen der beiden Supermächte, vor allem gegen die russischen Sozialimperialisten steht. Viele Menschen haben ein noch größeres Interesse am Aufbau des Sozialismus in der VR China gewonnen. Der Besuch Scheels und Genschers in Moskau war dagegen eine einzige Lobhudelei der Friedens- und Entspannungsdemagogien der russischen Sozialimperialisten, eine Täuschung des Volkes über die wahren kriegstreiberischen Absichten der Breschnew-Clique.

Scheel erklärte in seiner Tischrede, daß die vereinbarte „Normalisierung" der Beziehungen Wirklichkeit geworden sei. In seiner Fernsehrede sagte er dann: „Die Ausweitung unserer wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen wird die Verbindung zwischen unseren Ländern festigen und dem Frieden dienen." Doch das sind Lügen. Die Beziehungen zu der Sowjetunion haben keineswegs den Frieden gesichert, sondern die sowjetischen Sozialimperialisten versuchen ihren Einfluß auf Westeuropa, auf die Bundesrepublik immer weiter auszudehnen. Nicht nur daß sie die DDR besetzt halten, sie versuchen wirtschaftlich, politisch und auch militärisch immer weiter in unser Land einzudringen. Ausdruck davon sind die Spionagefälle, die in letzter Zeit immer häufiger aufgedeckt werden, oder die Aufträge an die westdeutschen Firmen, mit denen angeblich nach Reden der D„K"P Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Truppenkonzentration in der DDR und die Waffen, die gen Westen gerichtet sind, haben weiter zugenommen und sind keineswegs weniger geworden. Oder die Mauer, Stacheldraht und Todesstreifen, sind das Zeichen friedlicher Absichten? Mit ihrem Gerede von „Frieden, Entspannung, Sicherheit" wollen die russischen Sozialimperialisten die Hirne der Volksmassen vernebeln, damit sie ihre wahren Absichten nicht erkennen sollen.

Die D„K"P-Revisionisten, die nicht nur Agenten der westdeutschen Imperialisten sind, sondern gleichzeitig ihren Herren in Moskau dienen, hauen in die gleiche Kerbe. Sie begrüßen den Scheel-Besuch in Moskau: „Der Bundespräsident wird Gesprächspartnern begegnen, die, ausgehend von der Friedenspolitik der Sowjetunion, alles tun werden, um die Beziehungen zwischen unseren Ländern weiter allseitig zu entwickeln und die Entspannung auf unserem Kontinent voranzubringen." Doch was von dieser Entspannungsdemagogie und Friedensheuchelei zu halten ist, das hat der chinesische UNO-Botschafter Huang Hua gerade vor der UNO wieder aufgedeckt. Er warnte vor der immer größer werdenden Gefahr eines dritten Weltkrieges, weil das Wettrüsten und der Machtwettstreit der beiden Supermächte sich immer mehr verschärft. Die Tonnage der russischen Kriegsschiffe hat sich verdoppelt, die Zahl der nuklearen U-Boote übertrifft schon die der US-Imperialisten. Die russischen Sozialimperialisten übertreffen die US-Imperialisten schon in mehreren Rüstungsbereichen.

Angesichts dieser Tatsachen besitzt Scheel gegenüber den sowjetischen Völkern die Unverschämtheit, die Breschnew-Clique als Menschen hinzustellen, die Frieden wollen. „Wir wollen wie Sie den Frieden", behauptete er in seiner Fernsehrede.

Dieser Besuch von Scheel und Genscher stand aber auch im Interesse der westdeutschen Imperialisten. Sie sind bereit, Zugeständnisse auf Kosten des deutschen Volkes an die beiden Supermächte zu machen, in der Hoffnung, so ihre imperialistischen Interessen durchsetzen zu können. So haben sie ein großes Interesse daran, ihren wirtschaftlichen Einfluß in den osteuropäischen Ländern und auch gerade in der Sowjetunion auszubauen. Diese Reise Scheels diente also einzig und allein den imperialistischen Interessen der russischen Sozialimperialisten und den westdeutschen Imperialisten, und soll die Volksmassen mit Friedens- und Entspannungsheuchelei darüber hinwegtäuschen. Deshalb verurteilen wir solche Reisen.

Kämpfen wir gegen die beiden Supermächte und gegen die westdeutschen Imperialisten für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

FREIHEIT FÜR ALLE KÄMPFER DES ROTEN ANTIKRIEGSTAGS!

Auch Genosse Heinz Baron hat jetzt eine Ladung zum „Strafantritt" bekommen. Wegen seiner Teilnahme an der Demonstration zum Roten Antikriegstag 1972 soll Genosse Heinz für 1 Jahr und 4 Monate ins Gefängnis. Bereit vor einiger Zeit war Genosse Heinz unter einem fadenscheinigen Vorwand verhaftet und im Dortmunder Gefängnis festgehalten worden. Durch den Kampf der Partei mußte Heinz damals wieder freigelassen werden. Der Schreck von damals scheint den Herren noch in den Knochen zu sitzen. Jedenfalls ist auf der Ladung der getippte Ort „Dortmund" durchgestrichen und mit der Hand in „Münster" geändert worden.

Kurz berichtet

SAARBRÜCKEN

In Saarbrücken hat jetzt eine Sympathisantengruppe der KPD/ML den Kampf aufgenommen. Es wird regelmäßig ein Büchertisch und der Verkauf des ROTEN MORGEN an der Universität durchgeführt. Außerdem initiierten die Genossen zusammen mit der Liga, der KSG und dem STÖB/Türk. Studentenverein das Komitee „Neues Spanien", das die FRAP unterstützt. Noch in diesem Monat wird mit einem Vertreter der FRAP eine Veranstaltung durchgeführt werden.

Daneben sammelten die Genossen an ihrem Büchertisch in kurzer Zeit über 50 Unterschriften für die Einbürgerung von Sascha Haschemi. Eine Solidaritätsresolution für Sascha wurde auch von den Teilnehmern einer Veranstaltung der STÖB zum Kölner Türkenprozeß verabschiedet, auf der Genosse Yildirim Dagyeli sprach.

WESTBERLIN

Am 1. 11. veranstaltete die ROTE GARDE Westberlin des Bereiches Nordwest ein Geländespiel im Grunewald. Es nahmen 19 Freunde und Genossen daran teil, die mit viel Freude und Begeisterung bei der Sache waren. Auf einer kleinen Abschlußfeier wurden die Sieger geehrt. Die Gewinner bekamen Mao Tsetungs Schrift über den Volkskrieg, die Verlierer „Eine überlegene Streitmacht konzentrieren, um die feindlichen Truppenteile einzeln zu vernichten."

Auf der Feier wurden revolutionäre Lieder gesungen und 50 DM für die spanischen Genossen gesammelt.

MARBURG

Anfang November wurde der Marburger ASTA der Universität amtsenthoben und ein Staatskommissar eingesetzt. Der KSB/ML und der KSV schlugen vor, sofort in einen unbefristeten Streik zu treten, bis der Staatskommissar entfernt ist. Die modernen Revisionisten des MSB jedoch sabotierten diesen Kampf und vertrösteten die Studenten auf eine Urabstimmung in zwei Wochen. Fortschrittliche Studenten widersetzten sich dieser Politik und veranstalteten ein Sit-in im Verwaltungsgebäude der Uni. Der von den Revisionisten stets als „Bündnispartner" gepriesene Universitätspräsident Zingel holte daraufhin die Polizei, die zwei der Studenten festnahm. Zwei andere Studenten konnten wieder freigekämpft werden.

Um die Freilassung der anderen beiden Studenten zu erkämpfen, wurde eine Demonstration zum Polizeipräsidium organisiert, an der sich einige hundert Studenten beteiligten. Eine Genossin der RHD bemühte sich darum, die juristische und materielle Unterstützung der Studenten zu organisieren. Es wurden insgesamt 360 DM gesammelt.

HEIDE-ALBERSDORF

„Roter Marder", die Hamburger Soldatenzeitung der KPD/ML, berichtet darüber, daß sich in Heide-Albersdorf nach einem Kantinenboykott mehrere Soldaten in einem antimilitaristischen Komitee zusammengeschlossen haben, um den Kampf in der Bundeswehr und den Kampf gegen die beiden Supermächte zu führen. Das Komitee trat zum ersten Mal mit einem Flugblatt an die Öffentlichkeit, worin der Tod eines Kameraden infolge der schlechten medizinischen Versorgung beim Bund enthüllt und daran die Volksfeindlichkeit dieser Armee aufgezeigt wurde.

Dieser Ausgabe des ROTEN MORGEN liegt eine Beilage bei.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb: 46Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06–466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur Gernot Schubert, Bochum. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,–DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Kønten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Grosse Empörung über 5% Verrat

Fortsetzung von Seite 1

waren es wiederum die D„K"P-Revisionisten, die die Losung, „gegen die 5%, für die volle Durchsetzung der gewerkschaftlichen 8%", in die Arbeiterschaft trugen. Damit wollten sie erreichen, daß die Empörung und der Protest der Stahlarbeiter sich nicht gegen die Gewerkschaftsführer und ihren Apparat richtet, sondern daß die IGM-Bonzen unterstützt werden.

Ende letzter Woche streikten die Stahlarbeiter oder führten Protestaktionen in fast allen Stahlbetrieben durch. Warnstreik bei den Edelstahlwerken in Bochum. Ca. 900 der 1 000 Beschäftigten der Stahlwerke-Bochum streikten für eine halbe Stunde. Bei Hoesch in Dortmund führten die Kollegen des Hochofenschmelzbereichs einen einstündigen Warnstreik durch. Bei Thyssen-Niederrhein ließen sich ca. 500 Arbeiter im Kasino vom Betriebsrat über die Tarifrunde informieren. Sie streikten mehrere Stunden. Bei Krupp-Rheinhausen marschierten ca. 1 000 Arbeiter zum Betriebsrat.

Ca. 7 000 Arbeiter der August Thyssen Hütte (ATH) und 200 Arbeiter der Eisenbahn- und Hafenbetriebe, die zur ATH gehören, versammelten sich am Tor 1 vor dem Verwaltungsgebäude. Der Verkehr wurde blockiert, 8 Straßenbahnen hingen fest. Der Verkehr mußte umgeleitet werden, selbst der Direktor der Duisburger Verkehrsgesellschaft erschien, aber auch er konnte die Straße nicht frei kriegen. Herbeigeholte Polizei wagte es nicht, gegen die Arbeitermassen vorzugehen. Diese massive Demonstration dauerte 2 Stunden. Aber auch diese Protestaktion war von den modernen Revisionisten und dem Gewerkschaftsapparat beeinflußt, wie in anderen Betrieben auch. So gelang es ihnen Parolen hineinzutragen, die die IGM-Bonzen zum Durchhalten aufriefen.

Eine besondere Methode, die Arbeiter an den Gewerkschaftsapparat zu ketten, waren Protestresolutionen. Bei Thyssen Niederrhein, Krupp Rheinhausen, ATH und bei Hoesch wurden Protestresolutionen verabschiedet, die fast alle den gleichen Wortlaut hatten wie die bei Hoesch.

„Ich empfinde das Angebot des Arbeitgeberverbandes als Provokation und völlig unzureichend. Die Arbeitgeber wollen offensichtlich den Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten in der Eisen- und Stahlindustrie gefährden. Ich bin bereit, jede gewerkschaftliche Aktion zu unterstützen, die zu einem annehmbaren Ergebnis führt.",

Bei Hoesch haben ca. 10 000 Arbeiter diese Resolution, die von den Vertrauensleuten unter die Arbeiter getragen wurde, unterschrieben. Aber ganze Kolonnen haben sich auch geweigert, und viele Arbeiter glaubten, sie hätten für einen Streik unterschrieben. In diesen Resolutionen wird nicht einmal mehr auf der 8%-Forderung „beharrt", sondern lediglich noch von einem annehmbaren Ergebnis gesprochen. Was das für die Gewerkschaftsbonzen heißt, zeigt der Abschluß. Diese Protestresolutionen waren eine geplante Angelegenheit des Gewerkschaftsapparates und der modernen Revisionisten, um die Stahlarbeiter auf den unverschämten Lohnraubabschluß vorzubereiten, bzw. sie dazu zu bringen, daß sie im Grunde genommen den Lohnraub selbst unterschreiben.

Aber den D„K"P-Revisionisten geht es nicht nur darum, mit dem Gewerkschaftsapparat zusammen den Lohnraub durchzusetzen. **Ihr eigentliches Ziel ist es, zu verhindern, daß die Arbeiter entschlossen gegen die Kapitalisten kämpfen und in diesen Kämpfen die Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze immer klarer erkennen und sich stählen für weitere Kämpfe und für die endgültige Befreiung vom Kapitalismus. Sie wollen die Arbeiter daran hindern, den Weg des revolutionären Klassenkampfes zu beschreiten, und sie zur Resignation und Kapitulation zwingen.** Deshalb tragen sie die klassenversöhnlerischen Parolen in die Arbeiterschaft, organisieren sie Kämpfe mit klassenversöhnlerischer Stoßrichtung oder stellen sich als große „Kämpfer" an die Spitze der Bewegungen unter den Kollegen, um so ihren Einfluß auszuüben.

Die D„K"P-Revisionisten sind Feinde der Arbeiterklasse, Feinde der Revolution, sie sind Agenten der Kapitalistenklasse. Um ihr Agentenwesen zu tarnen, geben sie sich als Kommunisten aus.

Die Stahltarifrunde macht deutlich, daß die Arbeiter sich niemals auf die Gewerkschaftsführer und ihren Apparat und niemals auf die D„K"P-Revisionisten stützen dürfen und geben diese sich noch so kämpferisch. Es zeigt sich auch hier wieder, wie notwendig es ist, daß sich die Arbeiterklasse ihr eigenes Kampfinstrument schafft, die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die durch den Zusammenschluß der Arbeiter in den Gewerkschaften und den Betrieben für die revolutionären Ziele der Arbeiterklasse aufgebaut wird. Diese Tarifrunde beweist erneut, daß nicht in der Rücksichtnahme auf die Kapitalisten, sondern nur im unversöhnlichen Klassenkampf Erfolge zu erringen sind.

Siemens-Witten

Annette bleibt Rote Betriebsrätin

Auch in der 2. Instanz vor dem Landesarbeitsgericht in Hamm gelang es den Siemens-Kapitalisten und der reaktionären Betriebsratsclique von Siemens-Witten nicht, die Rote Betriebsrätin Annette Schnoor aus dem Betriebsrat auszuschließen. Mit Recht sagten die Kollegen Annettes nach dem Prozeß: Den Prozeß haben wir gewonnen. Denn es ist ein Sieg ihrer Solidarität.

Angefangen hatte es mit einem Streik in der Mattenlegerei von Siemens im Juni 74. 29 Kolleginnen gingen damals zum Betriebsrat und weigerten sich, unbezahlte Nacharbeit zu leisten. Die Geschäftsleitung mußte auf die Forderung der Kollegen eingehen. Dafür versuchte sie über den Betriebsrat die Rote Betriebsrätin Annette, die diesen Kampf unterstützt hatte, zu treffen. Sie wurde zunächst aus der Gewerkschaft ausgeschlossen, dann setzten die reaktionären Betriebsräte Rein und Sander einen Antrag auf den Ausschluß von Annette aus dem Betriebsrat durch, mit dem sie auch vor Gericht gingen.

Sie behaupteten, Annette habe einen „wilden Streik" initiiert; sie habe den Betriebsrat beleidigt, indem sie ihn als Handlanger von Siemens bezeichnet hätte und sei außerdem Mitglied der KPD/ML.

Der erste Prozeß vor dem Arbeitsgericht fand im Februar dieses Jahres statt. Trotz Urlaubssperre gingen einige Kollegen hin, um Annette zu unterstützen. Die Klage wurde abgewiesen. In der letzten Woche nun fand die Berufung, die der Betriebsrat angestrengt hatte, in Hamm statt.

Für diesen Prozeß hatte der Betriebsrat seinen Ausschlußantrag abgewandelt und forderte den Ausschluß jetzt nur noch wegen des „Aufstachelns" zu einem „wilden Streik". Daß der Betriebsrat insbesondere an der Aufrechterhaltung des Punktes „Beleidigung des Betriebsrats" kein großes Interesse mehr hatte, hat seinen guten Grund. Gerade vor dem Berufungsprozeß in Hamm hatte nämlich ein Prozeß gegen Genossen Michael Banos stattgefunden. Die Betriebsräte Rein und Sander hatten diesen Genossen öfter vor den Toren von Siemens verteilen sehen und deshalb bei dem ersten Arbeitsgerichtsprozeß von Annette in Bochum die Polizei aufgefordert, seine Personalien festzustellen, damit ihm der Prozeß gemacht werden könne. Klarer hätten sie natürlich nicht beweisen können, daß sie tatsächlich Handlanger der Siemens-Kapitalisten sind.

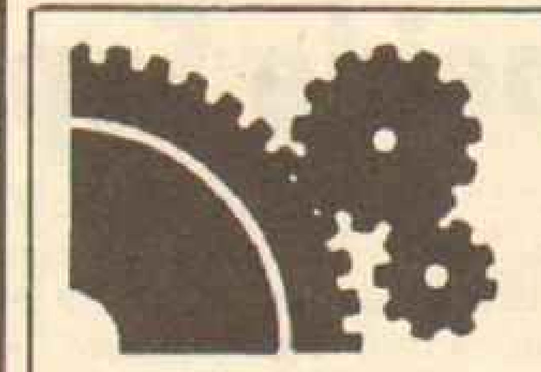
Doch zurück zum Arbeitsgerichtsprozeß in Hamm. Betriebsrat und Siemens-Kapitalisten hatten darauf gesetzt, mit Hilfe von Kolleginnen aus der Mattenlegerei Annette „überführen" zu können. Damit erlitten sie jedoch völligen Schiffbruch. Alle Kolleginnen sagten aus, daß es sich um eine spontane Aktion gehandelt habe, die von Annette unterstützt worden sei.

So sahen sich die reaktionären Betriebsräte schließlich gezwungen ihre „Kronzeugen", den Sozialberater Schweitzer, aussagen zu lassen. Dieser Sozialberater Schweitzer sagte aus, daß zwei der Kolleginnen, die jetzt auch im Prozeß als Zeugen aufgetreten waren, nach dem Marsch zum Betriebsrat bei ihm gewesen und sich über Annette beschwert hätten. Sie hätten sich bei dieser Aktion von Annette „manipuliert" gefühlt.

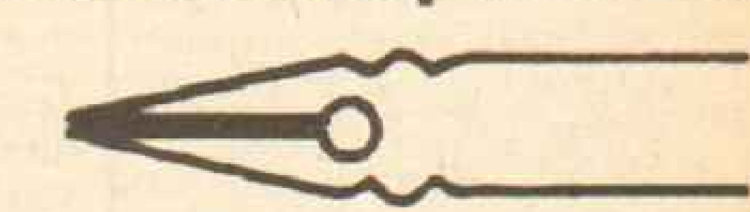
Die Wirklichkeit — und das sagten diese beiden Kolleginnen auch vor dem Gericht aus — sah jedoch ganz anders aus. Einige der reaktionären Betriebsräte hatten sich die Arbeiterinnen vorgeknöpft, ihnen etwas von „Arbeitsverweigerung" erzählt und mit Konsequenzen gedroht. Diesen beiden Kolleginnen war dann, weil sie Angst vor einer fristlosen Kündigung hatten, angeboten worden, sich doch bei dem Sozialberater einmal auszusprechen. Sie hatten dann auch mit ihm gesprochen und sich darüber beschwert, daß die Betriebsräte ihnen gleich wegen „Arbeitsverweigerung" gedroht hatten.

Sie machten jetzt im Arbeitsgerichtsprozeß kein Hehl aus ihrer Empörung darüber, wie ihnen ihre Worte im Mund umgedreht worden waren und wie man ihre Angst vor der Kündigung ausgenutzt hatte, um gegen Annette vorzugehen.

Nachdem so — trotz aller Heimtücke von Siemens und seinen Handlangern — auch der letzte Punkt ihrer Begründung für den Ausschluß Annettes aus dem Betriebsrat zusammengebrochen war, sah sich das Arbeitsgericht gezwungen, die Klage erneut abzuweisen. Annette bleibt Rote Betriebsrätin bei Siemens/Witten.



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Ganze 1 1/2 Stunden Berufsschule pro Woche

Neulich unterhielt ich mich mit einem Freund, der Lehrling bei der Bundesbahn ist, über seine Berufsschule. Dabei erzählte er mir, daß er in zwei Wochen drei Stunden Berufsschule hat, also 1 1/2 Std. pro Woche. Weiterhin erzählte er mir, daß er eigentlich acht Stunden Berufsschule je Woche haben sollte. Da seine Lehrerin im Augenblick krank ist, hätte er eben nur 1 1/2 Std. Sonst hätte er aber auch nur fünf Stunden in der Woche. Das sei so, weil die Schule zu wenig Lehrer hat und man im Augenblick keine neuen Lehrer einstellen könnte!

Rot Front, ein Genosse aus Hamburg

"Weniger Lohn - oder Sie können gehen!"

Liebe Genossen!

Ich arbeite im öffentlichen Dienst, in einem Betrieb mit sogenannter Selbstverwaltung. Da habe ich von einer Putzfrau gehört, daß alle Putzfrauen zum Chef mußten. Der sagte zu ihnen, daß er von einem Reinigungsinstitut ein Angebot bekommen habe, worin ihm garantiert wird, daß unser Betrieb in 3 Stunden zum selben Preis geputzt wird, wie von unseren Putzfrauen in 4,25 Std. am Tag. Der Chef setzte dann den Putzfrauen, die z. T. schon zehn Jahre hier putzen, die Pistole auf die Brust und sagte sinngemäß: entweder, meine Damen, Sie putzen auch ab 1. 1. 76 in drei Std. statt in 4,25 Std. mit entsprechend weniger Lohn oder sie können gehen, denn die vom Reinigungsinstitut warten vor der Türe.

So wird jetzt im öffentlichen Dienst vorgegangen. Das besondere für die Putzfrauen ist noch, daß sie dann, wenn sie nur noch 3 Std. arbeiten, keinen Arbeitslosenschutz mehr haben, da sie die 20-Std.-Grenze nicht mehr erreichen. Einige Putzfrauen waren sehr empört, haben sich diesmal aber leider noch einschüchtern lassen, was verständlich ist, denn die Wahl heißt für sie, von selbst kündigen, dann haben sie 4 Wochen Sperre vom Arbeitsamt und bekommen dann Arbeitslosengeld oder sie arbeiten weiter. Zum Streiken fehlt die Geschlossenheit, aber einige haben klar erkannt, was Kapitalismus heißt und passen bei den Sprüchen besser auf. Einige wollen extrem langsam arbeiten um damit schon ihre Wut zu zeigen. So nebenbei habe ich durch meinen Chef auch erfahren, daß die LVA Hessen bis 1980 einen Beförderungsstopp und Einstellungsstopp beschließen will. Man sieht also, es werden die alten kapitalistischen Mittel wie eh und je wieder angewandt, aber ich bin sicher, immer mehr werden auch wie eh und je wieder die alten proletarischen Mittel anwenden und dann wird der Sieg unser sein!

Rot Front!

Fotokopierte Betriebszeitungen aufgetaucht

Letzten Monat wurde bei KHD in Köln das „Schwungrad", die Betriebszeitung der KPD/ML für die Kollegen von KHD verteilt. Leider wurde an dem Morgen nicht an allen Toren verteilt, so daß nur die Hälfte der Kollegen informiert war. Es sprach sich schnell herum, daß die Kommunisten zu den geplanten Rationalisierungen Stellung genommen hatten. Viele Kollegen gingen in die Abteilungen, die eine Betriebszeitung erhalten hatten, um für ihre Abteilung ein Schwungrad zu besorgen. Gegen 9 Uhr tauchten dann in den Abteilungen der Großmotorenkonstruktion fotokopierte Schwungräder mit Laufzettel auf, die von allen Mitarbeitern gelesen wurden. Es herrschte eine große Empörung unter den Angestellten, weil die Geschäftsleitung sie noch immer im Unklaren läßt, was mit ihnen geschehen soll.

Rot Front! Ein Genosse aus Köln.

Kommunistischer Arbeiter entlassen, weil er die ROTE GARDE unterstüzt

Ich arbeitete als Laborhelfer bei den Möllerwerken in Brackwede, einer Firma, die Keilriemen herstellt. Vor einigen Wochen wurde ich dort entlassen, warum, will ich kurz schildern.

Als ich in Bielefeld bei einem Stand der ROTEN GARDE zum RAKT 75 ein Transparent hielt, das zum Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr aufrief, wurde ich vom Betriebsleiter der Möllerwerke gesehen. Am nächsten Tag mußte ich ins Büro kommen, wo man mir verdeutlichte, daß man sich leider von mir trennen müßte, wenn ich mich weiter mit den Leuten von der KPD/ML abgeben würde, das wären ja im Gegensatz zur D„K"P Leute, die ihre politischen Ziele mit Gewalt durchsetzen wollen. Kurz, man konnte sehr gut sehen, welche Art von Kommunisten ihm Unbehagen einflößten. Nachdem er mir dann noch sagte, daß er sich seinen Betriebsfrieden nicht stören lassen würde, konnte ich an die Arbeit zurück.

Nun, 3 Wochen später, nachdem mir mehr als 10 mal mit Kündigung gedroht wurde, wurde ich für 3 Tage krank. Gleich am 2. Tag bekam ich meine Kündigung. Wegen mangelnder Arbeitsleistung. Ich nahm mit der ROTEN GARDE den Kampf gegen die Entlassung auf. Wir verteilten Flugblätter, auf denen wir die wahren Gründe der Entlassung aufzeigten. Von anderen Kollegen, die im Betrieb arbeiten, hörte ich, daß meine Entlassung Gesprächsthema in allen Abteilungen war.

Ich ging dann in den Betrieb und sammelte Unterschriften. Sofort drückten 3 Kollegen ihre Empörung gegen die Entlassung aus und trugen sich in die Unterschriftenliste ein. Dann kam der Meister der Abteilung und erklärte mir, daß ich kein Recht mehr hätte, mich in der Firma aufzuhalten. Leider war die Gelegenheit schlecht, in dem Augenblick die Solidarität der Kollegen zu organisieren. So ließ ich noch ein paar Flugblätter zurück und sammelte draußen Unterschriften weiter. Der Personalchef versäumte es auch nicht, mit schnell noch mit einer Anzeige wegen Hausfriedensbruch zu drohen. Als ich das Firmengelände dennoch nicht verließ, holten die Möllerbonzen schnell IHRE Freunde und Helfer, die Polizei, doch die mußten unverrichteter Dinge wieder abziehen, weil sich nicht so schnell herausfinden ließ, wo das Firmengelände aufhört.

Mittlerweile haben sich 14 Kollegen durch ihre Unterschrift solidarisiert. Jemand erzählte mir, das jetzt auch die Möllerbonzen mit einer Unterschriftenliste in der Firma umherlaufen, um die Kollegen dazu zu bringen, durch ihre Unterschrift zu bezeugen, daß ich mich widerrechtlich im Betrieb aufgehalten habe, allerdings ohne Erfolg.

Kurz danach organisierte die ROTE GARDE einen Arbeitertreff, der allerdings nur schwach besucht wurde, weil wir nicht richtig dafür mobilisiert hatten. Nachdem ich vor kurzem ein Arbeitsgerichtsverfahren eingeleitet habe, bekam ich von der Möllerkapitalisten einen Brief, in dem sie mich darauf aufmerksam machen, daß ich vom Gesetz her keine Chance habe, wiedereingestellt zu werden. Wir werden jedoch einen neuen Arbeitertreff organisieren und ich weiß, dafür gibt es genügend Beispiele, daß die Solidarität der Kollegen eine Kraft ist, die die Kapitalisten dazu zwingen kann, mich wiedereinzustellen.

Rot Front! Ein Genosse aus Bielefeld

Revisionistisches

STASI GEGEN P.L.O.

Ein Arzt berichtete uns, was sein Kollege während seines Studiums in der DDR erlebt hatte.

Der Kollege ist Syrer und er studierte damals in Rostock. Er wurde damals von einem angeblich deutschen Studenten aufgefordert, doch alles zu erzählen, was er über die PLO wüßte. Der „deutsche" Student gab vor, er würde über das Thema gerade eine Doktorarbeit schreiben. Der syrische Kollege freute sich über das Interesse an dem Kampf des palästinensischen Volkes und erzählte ihm über die PLO. Zufällig überraschte er aber den angeblichen Studenten, als er seine Schränke durchstöberte. Er ließ sich nichts anmerken und bei passender Gelegenheit durchsuchte er nun seinerseits die Tasche des Deutschen und fand darin einen Ausweis des Staatssicherheitsdienstes.

Dieser Vorfall zeigt, wie verlogen, wie heuchlerisch die sogenannte Unterstützung des Kampfes des palästinensischen Volkes und seiner Vertretung, der PLO, durch die modernen Revisionisten ist. Sie fürchten revolutionäre Organisationen, die den bewaffneten Kampf propagieren und versuchen mit solchen Methoden Informationen zu erlangen um sich besser in die Angelegenheiten der Palästinenser einzumischen, wie es vor allem die russischen Sozialimperialisten tun.

GESCHÄFT MIT BEERDIGUNGEN

Wie verkommen und entartet das russische System ist, das zeigt sich auch daran, daß selbst noch mit Bestattungen von Sowjetbürgern Geschäfte gemacht werden. Nach dem Gesetz sind Bestattungen kostenlos. In der Wirklichkeit sieht das aber ganz anders aus, wie selbst eine russische Zeitung aufdeckte. Wollen die Hinterbliebenen eines Gestorbenen die Leiche abtransportieren lassen, so heißt es einfach: „Wir haben im Moment keine Fahrzeuge. Kommen sie doch in vier bis fünf Wochen wieder". Wenn die Hinterbliebenen aber einige Rubel springen lassen, steht ein Beerdigungswagen sofort zur Verfügung. Das gleiche spielt sich bei der Bereitstellung eines „kostenlosen" Sarges ab. Bei der Beerdigung selbst müssen die Hinterbliebenen häufig noch einmal Geld oder ein paar Flaschen Wodka zur Bestechung ausgeben, damit eine ordentliche Beerdigung überhaupt stattfindet.

Diese Vorfälle sind Ausdruck der vollkommenen Verrottung des russischen Staatsapparates, der die Werktätigen Zeit ihres Lebens ausbeutet und unterdrückt und selbst an ihrem Tod noch verdient. Diese Korruptheit staatlicher Stellen in Rußland steht der in den westlichen kapitalistischen Ländern in nichts nach.

FRAUEN HABEN NICHTS ZU SAGEN

In der DDR haben die Frauen wohl nichts zu sagen – oder wie soll man sonst das Symbol des Weltkongresses zum internationalen Jahr der Frau verstehen? Dieses Symbol spiegelt wider, daß die Rolle der Frauen in den revisionistischen Ländern sich im Wesen durch nichts von der Rolle der Frauen in den kapitalistischen Ländern unterscheidet.



"Sowjet-Teach-in" in Stockholm

Einheit im Kampf gegen beide Supermächte

Am 1. und 2. November fand in Stockholm ein „Sowjet-Teach-in" statt. Eingeladen dazu hatten die Clarte, unsere schwedische Bruderpartei SKP und ihr Jugendverband Rod Ungdom. Vor rund 1 000 Teilnehmern des Kongresses entlarvten Redner aus mehreren Ländern das aggressive, imperialistische Wesen der Neuen Zaren im Kreml hinter ihren demagogischen Friedens- und Entspannungsbeschwörungen und wiesen anhand der Erfahrungen ihrer Völker nach, daß die Rivalität der russischen Sozialimperialisten und der US-Imperialisten im Kampf um die Erringung der Vorherrschaft in der Welt, die Quelle eines neuen Weltkrieges ist.

Für die SKP sprach auf diesem Kongreß Niels Holmberg über die Entwicklung der Sowjetunion in den letzten 15 Jahren. Handers Berge vom Clarte-Verband sprach über die Organisation der sowjetischen Betriebe. Zwei Genossen der MLG aus Finnland schilderten anschaulich die Finnlandisierungspolitik der russischen Sozialimperialisten. Ein Vertreter der AKP/ML zeigte unter dem Thema „Norwegen und die Sowjetunion" die Anstrengungen der russischen Sozialimperialisten auf, Nordeuropa militärisch zu kontrollieren.

Zu den Gastrednern des Kongresses gehörte auch der Vorsitzende der KPD/ML, Ernst Aust. Genosse Ernst Aust sprach über das Thema „Westeuropa, Arena der Rivalität zwischen den beiden Supermächten". Er führte aus, daß das Zentrum der Rivalität der beiden Supermächte in Europa liegt. Genosse Ernst sagte: *„Analysieren wir die heutige Lage in Europa, so müssen wir feststellen, daß die Fakten für einen Krieg zunehmen, daß sich die Lage verschärft. Das ist die harte Realität. Dabei ist es die Sowjetunion, die Schritt für Schritt vorstößt, während der US-Imperialismus von neuem seine Kräfte verstärkt, um verlorene Zeit gutzumachen. Militärisch stehen sich auf unserem Kontinent zwei hochgerüstete aggressive Blöcke gegenüber, die NATO und der Warschauer Pakt, wobei sich eine militärische Überlegenheit der Warschauer-Pakt-Staaten ergibt."*



Plakat zum Kampf gegen die beiden Supermächte. Herausgegeben von der KP Belgiens/Marxisten-Leninisten.

Genosse Ernst wies dann anhand zahlreicher Fakten nach, was sich hinter dem angeblichen „Verteidigungs"konzept sowohl der russischen Sozialimperialisten als auch der US-Imperialisten verbirgt: Wilde Aufrüstung und Vorbereitung auf einen Angriffskrieg.

Trotz dieser Tatsachen aber, die eindringlich auf die Gefahr eines neuen Weltkrieges hinweisen, betonte Genosse Ernst, sind sich die Völker Europas der Gefahr eines auf sie zukommenden Krieges noch viel zu wenig bewußt. Es ist deshalb eine entscheidende Aufgabe der Marxisten-Leninisten, den Friedens- und Entspannungsschleier, mit dem die beiden Supermächte ihre Kriegsvorbereitungen vor den Völkern verbergen, zu zerreißen. Das gilt besonders für die russischen Sozialimperialisten, die heute, obwohl sie den ersten sozialistischen Staat der Welt gestürzt und eine imperialistische Macht errichtet haben, bewußt von dem Ansehen zehren, das die sozialistische Sowjetunion bei den Völkern erworben hat, um so die Völker der Welt über ihre wahre Räubernatur zu täuschen.

Genosse Ernst ging dann auf die Bedeutung ein, die der Kampf gegen die modernen revisionistischen Parteien in diesem Zusammenhang hat. Er schloß mit den Parolen: *„Krieg den imperialistischen Kriegen! Es lebe der Kampf gegen das Weltherrschaftsstreben der zwei imperialistischen Supermächte! Für die nationale Unabhängigkeit und Souveränität, die Einheit und Solidarität der europäischen Völker! Vorwärts zur sozialistischen Weltrevolution!"*

Auf Einladung der schwedischen Genossen sprach Genosse Ernst Aust auch noch auf Veranstaltungen in drei weiteren Städten Schwedens, darunter in Göteborg und in Malmö. In Malmö spendeten die Teilnehmer der Veranstaltung mehr als 400 Kronen für den ROTEN MORGEN.

Als Randerscheinung zum Besuch des Vorsitzenden unserer Partei in Schweden sei noch vermerkt, daß die „European Labour Party" aus diesem Anlaß zum „Sowjet-Teach-in" ein Flugblatt verteilte, in dem sie vor Ernst Aust warnte: der sei nämlich während seiner Kriegsgefangenschaft als Agent des CIA ausgebildet worden. Ein Kommentar erübrigt sich wohl.

Insgesamt gesehen, was das „Sowjet-Teach-in", das die schwedischen Genossen organisierten, ein weiterer Schritt auf dem Weg der Einheit der europäischen Völker und wird mit dazu beitragen, die Solidarität der Völker Europas im Kampf gegen die drohende Kriegsgefahr durch die beiden Supermächte zu stärken.

Spanien

O.S.O. ruft zum Streik der Bauarbeiter auf

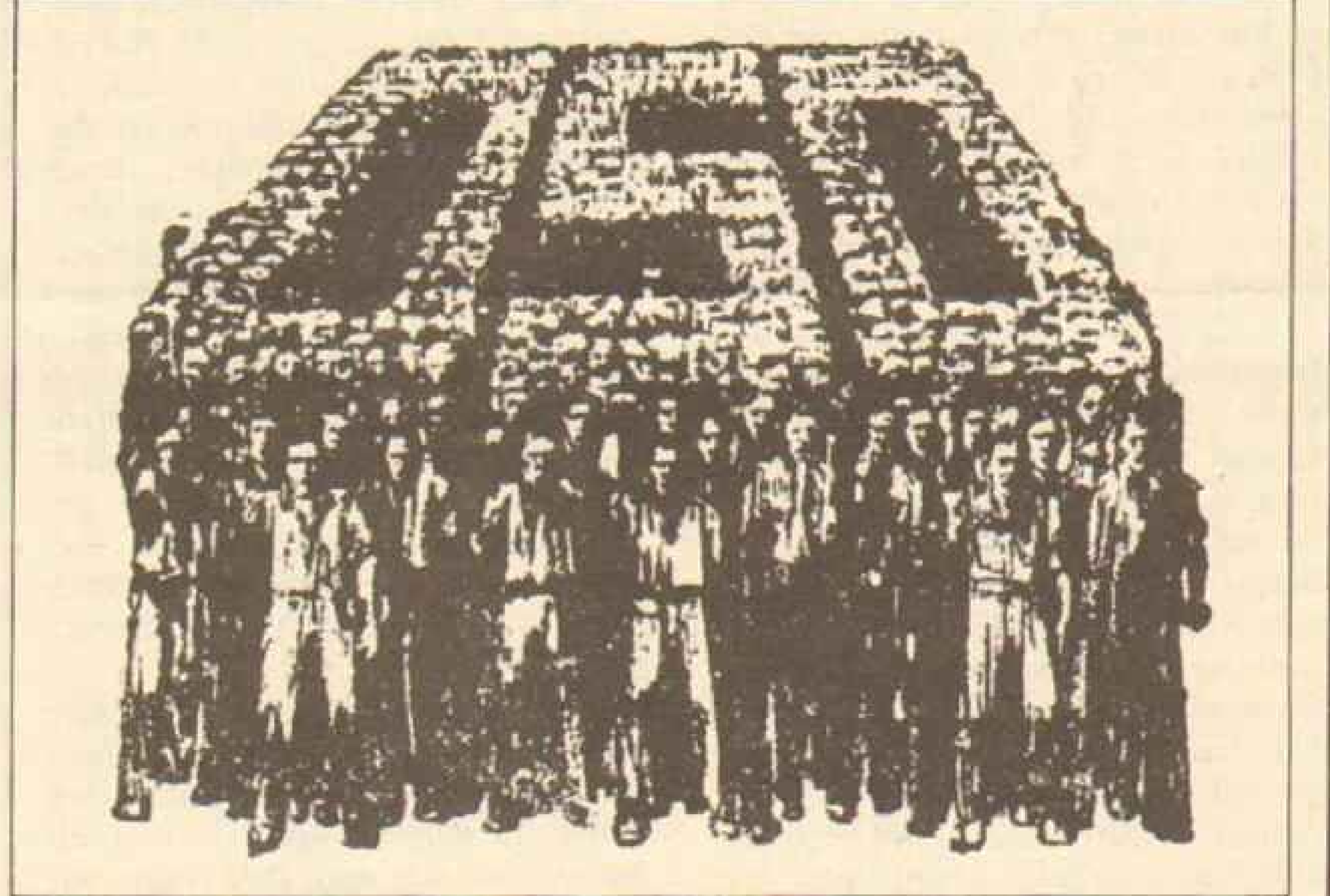
Kürzlich hat ein erweitertes Treffen des Nationalen Koordinationsausschusses der Arbeitergewerkschaftsopposition (Oposicion Sindical Obrera, O.S.O.) stattgefunden, an dem praktisch alle Regionen Spaniens und die Länder der Emigration teilgenommen haben.

Einer der Gründe dieses Treffens war der Streik der Bauarbeiter, zu dem der Nationale Koordinationsausschuß der O.S.O. aufgerufen hat, der Ende des Monats beginnen soll.

„Die faschistische Diktatur sucht, von den Kämpfen des Volkes eingekreist und in die Enge getrieben, die Form, sich an der Macht zu halten. Aber diese Form ist dieselbe wie immer, die brutale und wilde Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung. Aber die vom faschistischen Regime in den letzten Monaten entfachte brutale Repression, der Ausnahmezustand in Euzkadi (Baskenland), die niederträchtigen und feigen Morde an den Genossen der F.R.A.P. und der E.T.A., das ungeheuerliche „Antiterroristen"-Gesetz, das in der Tat die Erklärung des Kriegszustandes in ganz Spanien für zwei Jahre ist, all diese Tatsachen sind nichts anderes als die letzten Zuckungen einer sterbenden Diktatur, die an dem unaufhaltsamen Vordringen der Tag für Tag breiteren und kämpferischeren Kämpfe untergeht", heißt es in einer Erklärung der O.S.O.

Die Bauarbeiter Spaniens haben im Moment mit am meisten unter der kapitalistischen Krise zu leiden. Während ein Arbeiter in Spanien mindestens 700 Peseten täglich zum Leben braucht, verdienen die Bauarbeiter lediglich 400 Peseten für 12 bis 14 Arbeitsstunden pro Tag. Im Bausektor ereignen sich die schwersten Arbeitsunfälle, weil die Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen katastrophal sind.

Der Bausektor hat sich in Spanien parallel zum Tourismus entwickelt. Nachdem die Franco-Faschisten das Land ruiniert und 1,5 Millionen Bauern gezwungen haben, ihre Heimat zu verlassen, nachdem sie 1,5 Millionen Kinder ohne Schulen gelassen haben, kaum noch Krankenhäuser und andere gesundheitliche Einrichtungen gebaut haben usw. richteten sie den Bausektor nach den Ansprüchen und Erfordernissen des Tourismus aus und ließen Hotels, Villen, Ferienhäuser, Appartmentsiedlungen usw. errichten, um an den Devisen zu verdienen. Heute ist der Bausektor, nachdem kaum noch weitere Hotels usw. gebaut werden, besonders von der Krise erfaßt. Es gibt im Augenblick über 200 000 Arbeitslose im Bausektor und die Zahl wird bis Jahresende auf 300 000 Arbeitslose anwachsen.



Die O.S.O. ruft die deutsche Arbeiterklasse auf, aktive Solidarität zu üben und diesen Kampf zu unterstützen, der ein weiterer Schritt zum Sturz des Franco-Faschismus, zur Vertreibung des US-Imperialismus, zum Aufbau der föderativen Volksrepublik bedeutet.

Vom Aufbau des Sozialismus

PRODUKTIONSPLÄNE FÜR DIE STEINKOHLENINDUSTRIE ÜBERERFÜLLT

Das chinesische Volk erringt immer größere Erfolge an der Front des sozialistischen Aufbaus. Die Arbeiter, Techniker und Kader der Steinkohlenindustrie der Volksrepublik China arbeiten schwungvoll und erfüllen ihre Produktionspläne vorfristig. Gegenwärtig haben sie die Produktionspläne für die ersten neun Monate dieses Jahres übererfüllt. Die Steinkohlenerzeugung dieser Zeitspanne ist 5,6% größer als ursprünglich im Staatsplan vorgesehen war. Eine gewaltige Arbeit wird ebenso an den Großbaustellen geleistet.

WICHTIGE ERFOLGE AN DER FRONT DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN PRODUKTION

Das chinesische Volk hat wichtige Erfolge an der Front der landwirtschaftlichen Produktion erzielt. Diese Erfolge sind nicht nur der schwungvollen und selbstlosen Arbeit der chinesischen Bauernschaft, sondern auch der großen Hilfe des Staates, der korrekten Politik der Kommunistischen Partei Chinas in diesem wichtigen Wirtschaftsbereich zuzuschreiben. Der chinesische Staat hat beträchtliche Investitionen für die Bodenverbesserung vorgenommen und in verschiedenen Gebieten der Volksrepublik China wurden Kunstdüngemittelwerke errichtet. Die Nachrichtenagentur Hsinhua berichtet, daß in 10 von den 13 Kreisen und Städten eine der ertragreichsten Weizengegenden Chinas, eine große Anzahl von Kunstdüngemittelwerken errichtet worden sind. Die Menge des pro Hektar verwendeten Kunstdüngers war um 2,5 mal größer als 1966. Um die Getreideproduktion noch mehr zu erhöhen, setzen die Werktätigen der Landwirtschaft mit eigenen Kräften und mit Hilfe des Staates den Bau weiterer Kunstdüngemittelwerke fort. Etwa 100 Fabriken in dieser Gegend tragen für die nötigen Ausrüstungen für den Bau dieser Kunstdüngemittelwerke bei. Durch die Erhöhung der Kunstdüngeproduktion erhöht sich auch rasch die Getreideproduktion der Gegend Huschan. Es wurden 7,5 t Weizen pro ha geerntet.

HERBSTWAREN-EXPORT-MESSE IN GUANGDSCHOU ERÖFFNET

Die Chinesische Herbst-Exportwarenmesse 1975 wurde am 15. Oktober in Guangdschou eröffnet.

In 12 Ausstellungshallen werden mehr als 40 000 Exponate gezeigt – Muster von Exportwaren und Produkten, welche die neuen Errungenschaften von Chinas Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft und Technik widerspiegeln. Unter anderem sind zu sehen: Rohöl aus den Ölfeldern Datjing, Schengli und Dagang eine von der Schanghaier Werkzeugmaschinenfabrik hergestellte Hochpräzisions-Gewindeschleifmaschine mit Laser-Meßanlage, gute Sorten von Qingko-Gerste und Weizen vom Tibet-Hochplateau, Schildkröten und Thunfische von den Hsischa-Inseln, einer der chinesischen Inselgruppen im Südchinesischen Meer. Einen breiten Raum nehmen Objekte, Photos und Modelle ein, die einige fortgeschrittene Einheiten von Chinas Industrie und Landwirtschaft vorstellen.

Dies ist die 38. Messe seit der ersten im Jahre 1957. Damals waren etwa 1 200 Gäste aus über 20 Ländern und Gebieten gekommen; dieses Frühjahr waren es mehr als 25 000 aus 107 Ländern und Gebieten. Gegenwärtig hat China Handelsbeziehungen mit mehr als 150 Ländern und Gebieten. Mit den Regierungen von 70 Ländern hat China Handelsabkommen oder -protokolle unterzeichnet.

Im Kampf um Saschas Einbürgerung

Provokation des Ausländeramtes

Nachdem Rechtsanwalt Heldmann einen Antrag auf Saschas Einbürgerung mit seiner beglaubigten Unterschrift zum Amt für Öffentliche Ordnung in München geschickt hat, hat die Stelle für Staatsangehörigkeit jetzt mit einer erneuten Provokation geantwortet. Rechtsanwalt Heldmann erhielt ein Schreiben, in dem es sinngemäß heißt, man müsse jetzt erst einmal überprüfen, ob das Amt in München überhaupt für Sascha zuständig sei, da gar nicht klar sei, ob Herr Haschemi überhaupt noch in München wohne. Deshalb brauche man den gegenwärtigen Wohnsitz von Sascha.

Das ist bereits der dritte Versuch des Amtes für Öffentliche Ordnung in München, mit fadenscheinigen Tricks die Sascha gesetzlich zustehende Einbürgerung zu verwehren, um ihn – wie geplant – an das Henkerregime in Iran ausliefern zu können. Im Februar hieß es, Sascha müsse selber kommen; ein halbes Jahr später hieß es, Sascha brauche zwar nicht selber zu kommen, aber seine beglaubigte Unterschrift unter dem Einbürgerungsantrag sei notwendig; und jetzt besitzt das gleiche Amt, das nunmehr seit einem dreiviertel Jahr die Einbürgerung Saschas verhindert, die Frechheit zu erklären, es sei ja vielleicht gar nicht zuständig.

Aber dieser erneute Versuch, die Anwendung des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes auf Sascha zu verhindern, wird auch nicht mehr Erfolg haben, als seine Vorgänger. Sascha ist in München ordnungsgemäß gemeldet und hat seinen Wohnsitz nach wie vor dort. Und es gibt ja wohl kein Gesetz, das vorschreibt, daß man sich jeden Tag beim Amt für Öffentliche Ordnung melden muß, um ihm zu versichern, daß man den Wohnsitz, bei dem man gemeldet ist, auch tatsächlich als seinen Wohnsitz betrachtet.

Inzwischen versucht die Bourgeoisie auch auf andere Weise den Kampf für Saschas Einbürgerung zu unterbinden. In München fanden in der letzten Woche sowohl bei dem presserechtlich Verantwortlichen der RHD München als auch im Parteibüro der KPD/ML in München Hausdurchsuchungen statt. Beide Male gab die Polizei als Begründung an, sie suche eine „rote Sprühdose". Mitgenommen wurden dann alle auffindbaren Flugblätter, Pappschilder usw., die mit dem Kampf für Saschas Einbürgerung in Verbindung stehen. Die „rote Sprühdose" dagegen wurde nicht gefunden.

Die Partei und insbesondere unsere Genossen in München werden auf die erneuten Versuche, Sascha seine deutsche Staatsangehörigkeit zu verweigern, mit verstärktem Kampf antworten. Sascha muß sofort eingebürgert werden!

BERICHTIGUNG

Die beiden Transparente am „Alten Peter" in München, wurden beide von der RHD und nicht wie wir schrieben, eines von der Roten Garde, aufgehängt.

Freiheit für Horst Mahler!

Seit dem 3. 10. 1970 ist Horst Mahler in Haft. 12 Jahre erhielt er wegen „Rädelsführerschaft" in einer kriminellen Vereinigung, eine weitere Haftstrafe wegen angeblicher Beteiligung an der Befreiung Baaders. „Beweise" gab es in keinem der beiden Prozesse. Die Gesamtstrafe von 14 Jahren Gefängnis für Horst Mahler ist reiner Terror. Zwar ist Horst Mahler heute nicht mehr in Isolierhaft wie die ersten 3 1/2 Jahre seit seiner Verhaftung. Aber die Maßnahmen, ihn von der Außenwelt zu isolieren, ihn durch Schikanen mürbe zu machen, einen politischen Gefangenen auf die Knie zu zwingen, gehen weiter.

Die Grausamkeit der bürgerlichen Klassenjustiz zeigte sich am deutlichsten Mitte Oktober, als die Mutter Horst Mahlers im Sterben lag. Die Angehörigen Horst Mahlers beantragen, daß der Sohn die Mutter noch einmal besuchen dürfe. Die Gefängnisleitung lehnte ab. Der zynische Kommentar: das Sicherheitsrisiko sei nicht kalkulierbar. Horst Mahler könne ja mit seiner Mutter telephonieren oder sie solle doch zu ihm ins Gefängnis gebracht werden. Mit der gleichen Begründung wurde Horst Mahler dann auch verwehrt, an der Beerdigung seiner Mutter teilzunehmen.

Doch der Terror der Justiz erschöpft sich nicht in solchen Schikanen. Der Justiz kommt es vor allem darauf an, durch den Entzug von revolutionären Zeitungen und anderer revolutionärer Literatur Horst Mahler wie viele andere politische Gefangene auch, vom Klassenkampf und der politischen Auseinandersetzung fernzuhalten. So hat Horst Mahler vor kurzem zum ersten Mal seit Jahren wieder eine revolutionäre Zeitung, die „Rote Fahne" der GRF (KPD) erhalten. Das ist ohne Zweifel ein Erfolg der Solidaritätskampagne.

Freiheit für Horst Mahler! Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Im Prozeß gegen Hanfried Brenner

12000 DM Geldstrafe

Fortsetzung von Seite 1

Wenn es um Tatsachen ginge, warum greift dann der Staatsanwalt in seinem Plädoyer ausdrücklich meine Gesinnung an? Daß es bei diesem und den anderen Routhier-Prozessen um einen Kampf der Bourgeoisie gegen die KPD/ML geht, zeigt sich besonders deutlich bei dem Polizeiterror gegen die Verbreitung der Wahrheit über den Tod von Günter. Einige Staatsanwälte haben in ihren Anklageschriften zugegeben, warum die Bourgeoisie davor solche Angst hatte: Weil die Partei diesen Fall nicht als „Einzelfall" kritisiert hat, sondern nachgewiesen hat, daß dieser Terror im Charakter des bürgerlichen Staates begründet ist, der ein Instrument zur Unterdrückung der Werktätigen ist, weil die Partei nachgewiesen hat, daß der Ausweg deshalb nicht die Auswechselung irgendwelcher Personen im Justizapparat sein kann, sondern der Kampf für die sozialistische Revolution, für den gewaltsamen Sturz dieses Staates sein muß.

Die Bourgeoisie verschärft heute die Faschisierung. Aber so sicher es ist, daß die Bourgeoisie erneut die Errichtung einer faschistischen Diktatur vorbereitet, so sicher ist es auch, daß es einen Weg gibt, das zu verhindern: die proletarische Revolution, die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Um die Werktätigen für diesen Weg zu gewinnen, kämpft die Partei.

Zur Urteilsverkündung räumte das Gericht dann den Saal, weil wir uns weigerten, dazu aufzustehen. Auch ich verließ den Gerichtssaal. Das Gericht drohte mir daraufhin mit Haftbefehl. Aber diese Drohung wurde dann doch nicht wahrgemacht. Während und nach der Urteilsverkündung stand vor dem Gerichtsgebäude ein großes Polizeiaufgebot.

Das Urteil schätze ich so ein: Einerseits zeigt es, daß die Klassenjustiz sich angesichts der Solidarität in der Bevölkerung scheut, die vom Staatsanwalt beantragte Gefängnisstrafe von einem Jahr zu verhängen. Andererseits ist es natürlich ein brutales Terrorurteil.

RM: Genosse Hanfried, Du sprichst von der Solidarität der Bevölkerung. Wie hat sie sich geäussert?

Hanfried: Zum Beispiel so, daß ein Zuschauer gleich nach der Urteilsverkündung 10 DM spendete. Insgesamt bestand ein großes Interesse an diesem Prozeß. Vor allem bei den Mannesmann-Arbeitern. Viele meiner ehemaligen Kollegen haben mir ihre Solidarität versichert, als ich vor dem Betrieb Flugblätter verteilt habe. Eine ganze Reihe Kollegen von Mannesmann sind zum Prozeß gekommen. Einige von ihnen kamen zu fast allen Terminen in den letzten drei Wochen vor der Urteilsverkündung. Ein Kollege von Mannesmann hat sich letzte Woche, als eigentlich der letzte Verhandlungstag sein sollte, extra Urlaub genommen. Dieser Termin wurde vom Gericht jedoch vertagt. Das war auch eines der Manöver, um die Front der Solidarität zu schwächen. Der Kollege sagte aber: Das nützt ihnen gar nichts. Das nächste Mal kommen auch die anderen Kollegen wieder mit, die heute auf Schicht sind. Und so war es dann auch. Das Gericht hat während des gesamten Prozesses versucht, uns mürbe zu machen, und den Prozeß immer wieder verschleppt. Er zog sich insgesamt über zwei Monate hin. Aber diese Taktik ist gescheitert. Die Partei hat immer wieder über den Prozeß informiert und gerade in den letzten Wochen war der Saal immer wieder voll. Am letzten Verhandlungstag mußten sogar Leute stehen, weil die Sitzplätze nicht ausreichten.

RM: Leider können wir aus Platzgründen nicht auf alle Einzelpunkte des Prozesses eingehen. Aber vielleicht kannst Du kurz sagen, wie Du den Prozeßverlauf einschätzt?

Hanfried: Ich habe schon gesagt, daß die Solidarität eine scharfe Waffe bei diesem Prozeß war, die sich auch auf das Urteil ausgewirkt hat. Natürlich hat das Gericht nicht nur versucht, diese Solidarität zu zermürben, sondern auch eine revolutionäre Prozeßführung zu verhindern. Es versuchte, mich durch Ordnungsstrafen davon abzuhalten, diesen Staat als Diktatur der Bourgeoisie zu entlarven und die Schuldigen am Tod des Genossen Günter anzuprangern. Insgesamt belaufen sich meine Ordnungsstrafen auf 2 600 DM, ersatzweise 21 Tage Haft.

Aber es ist uns trotzdem gelungen den Prozeß zu einer Tribüne der revolutionären Agitation und Propaganda der Partei zu machen und die bürgerliche Klassenjustiz restlos zu entlarven. Im Verlauf des Prozesses versuchte das Gericht dann auch immer weniger, seine reaktionäre Rolle zu verschleiern. Ich glaube, daß wir in diesem Prozeß nicht nur bewiesen haben, warum Günter sterben mußte, sondern auch vielen Menschen klarer geworden ist, daß man diesen Staat, der ein Unterdrückungsinstrument der Kapitalistenklasse ist, in der sozialistischen Revolution zerschlagen muß, um die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen von Ausbeutung und Unterdrückung befreien zu können.

RM: Genosse Hanfried, wir danken Dir für dieses Gespräch.



MÜNSTER

In Münster fand am 7. 9. ein Prozeß gegen zwei Genossen statt, weil sie angeblich ein Plakat gegen die Ermordung des Genossen Günter Routhier geklebt haben sollen. Dem Prozeß vorausgegangen waren Strafbefehle über 400 und 2000 DM. Im Prozeß gelang es Staatsanwalt und Richter nicht, den Genossen nachzuweisen, daß sie Plakate geklebt haben. Trotzdem wurden die Genossen zu 1 300 und 3150 DM verurteilt. Einer der beiden Genossen erhielt darüber hinaus eine „Ordnungsstrafe" von 3 Tagen.

PASSAU

Auf eine Strafanzeige des Generalvikars von Passau hin verbot die Stadt Passau die Aufführung einer antiklerikalen Satire. In dieser Satire treten unter anderem „Petrus, der Funktionär", Jesus usw. auf einer „Jahreshauptversammlung des Glaubensführung" auf. Außerdem kann man Kardinal Döpfner sehen, wie er eine Rede vor den Arbeitgeberverbänden hält und vor ihnen für den „absoluten Schutz der unternehmerischen Initiative" eintritt. Besonders aufgeregt haben sich alle kirchlichen Häupter über die Darstellung der Maria, die zum zweiten Mal schwanger ist, weil Petrus sie nicht die Pille nehmen ließ. Insgesamt sahen Kirche und Stadt durch diese Satire den „öffentlichen Frieden" gefährdet und den Tatbestand der Gotteslästerung (Höchststrafe 3 Jahre Gefängnis) erfüllt.

LÜBECK

Am 30. 10. fand in Lübeck ein Prozeß gegen eine Genossin statt, weil sie vor der Lübecker Flenderwerft das Flugblatt der KPD/ML „Holger Meins zu Tode gefoltert" verteilt haben soll. In den Arbeitervierteln und den Betrieben hat die Partei durch Flugblätter den Prozeß bekanntgemacht. Auf einer Veranstaltung vor dem Prozeß wurde auch eine Grußadresse des Rote-Fahne-Freundeskreises vorgetragen.

Zum Prozeß kamen ca. 20 Kollegen und Genossen, einige hatten erst durch diesen Prozeß Kontakt zur Partei bekommen. In der Verhandlung bewies die Genossin, daß es richtig ist, was in dem Flugblatt steht. Ihre Ausführungen wurden trotz Drohungen des Richters durch Beifall der Zuschauer unterstützt. Der Richter schlug dann die Einstellung des Verfahrens wegen „Geringfügigkeit" vor.

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter
Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Sparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

PROZESSANKÜNDIGUNGEN

Am 25. 11. findet vor dem Jugendgericht in Bonn ein Prozeß gegen Genossen Gilbert F. statt im Zusammenhang mit den Festnahmen bei dem Auftreten der Partei beim Kongreß des VK in Bonn im letzten Jahr. Jugendgericht Bonn, Zi. 37, Wilhelmstr. 23, 14 Uhr.

Korrespondenzen

Redaktion
„ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

HAMBURG

Liebe Genossen!

Heute erhielt ich einen längeren Brief von unserem Genossen Joshua Horn aus Peking. Wie Ihr vielleicht gehört habt, erlitt der Genosse vor 11 Monaten während eines Besuches in der VR China einen schweren Herzinfarkt und konnte infolge allerintensivster Bemühungen der chinesischen Genossen gerettet werden. Er schreibt, daß es ihm leider noch nicht so gut geht, daß er genau sagen kann, wann er aus dem Krankenhaus entlassen werden kann, um nach England zurückzukehren. Aber er ist sehr zuversichtlich, daß er eines Tages nach England zurückkehren wird, um den Kampf für die Revolution in seinem Land zu unterstützen.

Er schreibt, daß in China zur Zeit aufregende Dinge geschehen, die er auch vom Krankenbett gut verfolgen kann. Er erwähnt besonders den Kampf an der Kulturfront und erwähnt als weitere „gigantische politische Bewegungen" den Kampf gegen das bürgerliche Recht und die Bewegung zur Schaffung „vieler Dadschais" mit dem Ziel, Chinas Landwirtschaft bis 1980 zu mechanisieren. Dann wird China niemals, wie heute die Sowjetunion, Mangel an Getreide haben. Der Genosse Joshua erinnert sich an seine Vortragsreise bei uns und sagt, daß er seine Eindrücke von damals oft erwähnt als Beispiel für das große Interesse an China bei der deutschen Jugend und ihre wachsende politische Bewußtheit und Aufgeschlossenheit.

Er schreibt weiter: „Ich las Genossen Austs Artikel im Roten Morgen nach seiner Chinareise und stimme ganz stark mit ihm überein, die sektiererischen Fehler zu überwinden (es handelt sich um die Rede zur Einheit der Marxisten-Leninisten). Offenbar ist damit ein Durchbruch geschaffen. Ich weiß allerdings nicht, welche Reaktion es gegeben hat?"

Der Genosse schließt seinen Brief mit allerherzlichsten Grüßen an uns alle.

Rot Front! Reimer.

Resolution

Wir protestieren gegen die geplante Abschiebung von Sascha Haschemi in den Iran. Er wurde wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt und soll, weil er Kommunist ist, abgeschoben werden. Obwohl Saschas Mutter Deutsche ist und er kein Wort persisch spricht, soll er ans Schahregime ausgeliefert werden. Die Klassenjustiz scheut sich nicht, ihre eigenen Gesetze zu brechen, denn nach einem neuen Gesetz muß ihm die Ausländerbehörde die deutsche Staatsbürgerschaft zuerkennen. Saschas Abschiebung würde für ihn Kerker oder den Tod bedeuten, weil im Iran die gleichen faschistischen Zustände herrschen wie in Spanien oder in Rußland.

Arbeiterkomitee Klöckner

P. S. Wir bitten um Veröffentlichung der Resolution in der Zeitung

KIEL

Liebe Genossen!

Ich bitte Euch um Veröffentlichung des folgenden Berichtes über die Gesinnungsschnüffelei im Kieler Jugendheim.

Im Jugendheim in Kiel-Suchsdorf weht seit einigen Wochen ein scharfer Wind. Die Jugendlichen und Mitarbeiter, die bislang zwar mit wenig Geld, aber weitgehend nach ihren eigenen Vorstellungen in ihrem Freizeitheim leben durften, werden durch den Vorstand und Beirat des Jugendheim-Vereins in ihren Aktivitäten beschnitten. Eine politische Informationsveranstaltung nahm der Vorstand des Jugendheim-Vereins zum Anlaß, den Mitarbeitern und Jugendlichen einen Maulkorb zu verpassen. Über jede Art von politischer Aktivität verlangt der Vorstand vorher in Kenntnis gesetzt zu werden, um Veranstaltungen, die ihm nicht genehm sind, zu verbieten. Flugblätter auslegen und die kleinste Wandzeitung anbringen ist verboten.

Parallel dazu versucht der Vorstand, die Jugendlichen mit allerlei Versprechungen ruhig zu halten, um zu verhindern, daß sich die Jugendlichen zusammenschließen und ihrem berechtigten Zorn Luft machen.

Am 31. 10. und 1. 11. verteilten Jugendliche im Stadtteil Suchsdorf ein Flugblatt, in dem sie ihren Protest gegen die Machenschaften des Vorstands ausdrücken. Mit Wandzeitungen und durch viele Gespräche konnten viele Bürger aufgeklärt werden. Über 100 Unterschriften wurden gesammelt, in denen sich die Unterzeichneten mit der Forderung der Jugendlichen nach Selbstbestimmung bei der Einstellung von Personal im Jugendheim solidarisierten.

Den Jugendlichen wird immer klarer, daß es dem Vorstand nur darum geht, aus dem Jugendheim ein Haus des bürgerlichen Friedens mit einigen schlürfenden Teetrinkern und anderen Einfaltspinseln zu machen. Der Plan des Vorstandes, der Suchsdorfer Jugend mit seinen üblen Tricks den Kopf zu verkleistern, wird scheitern. Die Jugendlichen unterstützen einen Mitarbeiter, der sich immer für ihre Interessen eingesetzt hat, und der jetzt von der Entlassung bedroht ist, weil er die Pläne des Vorstands öffentlich entlarvt und im Kampf gegen die politische Unterdrückung im Jugendheim in vorderster Front steht. Die Jugendlichen und Sympathisanten der ROTEN GARDE fordern, daß dieser Mitarbeiter als Heimleiter im Jugendheim weiter beschäftigt wird.

Um die Geschlossenheit der Jugendlichen zu zerstören, versucht der Vorstand nun das jetzige Personal Schritt für Schritt aus dem Jugendheim zu entlassen. Stattdessen sollen Mitarbeiter, die dem Vorstand nach der Nase tanzen, eingestellt werden. Die Jugendlichen werden sich das aber nicht bieten lassen. Sie erkennen immer besser, wer auf ihrer Seite steht und wer gegen sie arbeitet.

Rot Front! Genossen aus Kiel

Resolution der UNO-Vollversammlung

Die Völker verurteilen den Zionismus

Die Vollversammlung der UNO hat eine Resolution angenommen, in der die Rassentrennung und der Zionismus scharf verurteilt werden. „Die Vollversammlung stellt fest", heißt es in der Resolution, „daß Zionismus eine Form von Rassismus und Rassendiskriminierung ist."

Die Resolution wurde von 72 Staaten unterstützt, während sich 35 der Stimme enthielten. 32 Staaten, darunter die amerikanischen Imperialisten und die westdeutschen Imperialisten, stimmten gegen die Resolution. In der Debatte über die Resolution, die nicht nur in der Vollversammlung sondern auch vorher schon im 3. UNO-Ausschuß geführt worden war, ergriffen Vertreter einer Reihe von Ländern der 3. Welt das Wort und verurteilten den Zionismus und die israelische Politik als zutiefst reaktionär und rassistisch sowohl gegenüber den einfachen jüdischen Massen, als auch gegenüber der arabischen Bevölkerung.

Die Politik Israels ist chauvinistisch, sie zielt auf die gewaltsame Annektion der besetzten arabischen Territorien hin. Der Zionismus ist die reaktionäre imperialistische Ideologie, die der Rechtfertigung der rassistischen Unterdrückung, der Verjagung der Palästinenser aus ihrer Heimat, der Aggressionskriege usw. dienen soll.

In einem Kommentar von Radio Tirana wird dazu gesagt: „*Es ist bekannt, daß die Entstehung Israels aufs engste mit der gesamten Tätigkeit der zionistischen Weltorganisation zusammenhängt. Das erste und unmittelbare Kennzeichen des Zionismus war seine zutiefst rassistische, reaktionäre, gegen die Revolution gerichtete Natur. Die Aussiedelung und Verjagung der Palästinenser und aller Araber sowie die Spaltung der jüdischen Gesellschaft in Kasten sind die wichtigsten Merkmale der rassistischen Politik Israels, das den Zionismus als geistige Nahrung hat. Diese brutale Politik könnte aber unmöglich verwirklicht werden, wenn sich Israel nicht der Hilfe und vorbehaltlosen Unterstützung der imperialistischen Mächte, vor allem des US-Imperialismus erfreuen würde. Die Führer der zionistischen Bewegung standen bereits von Anfang an unter der direkten Kontrolle der imperialistischen Großmächte, am Anfang Deutschlands, dann Englands und zuletzt der Vereinigten Staaten, die die Idee der Bildung eines jüdischen Staates und später Israel selbst, wie es die Zeit bewies, als einen Hebel benutzten, um die Juden aller Länder im Interesse des internationalen Imperialismus zu mobilisieren. Israel ist heute ein Söldner des amerikanischen Imperialismus, ein Werkzeug im Dienst der Wallstreet-Monopole.*"

Es ist daher auch kein Wunder, daß die amerikanischen Imperialisten schäumend vor Wut die Annahme der Resolution zu verhindern versuchten, daß sie nach der Abstimmung wilde Drohungen und wüste Beschimpfungen ausstießen und damit vor der ganzen Welt offen bekundeten, daß die Oberherren Israels sind. Sie wurden verurteilt, weil sie hinter der Politik der israelischen Zionisten stehen. Aber wurden sie nicht auch deshalb verurteilt, weil in den USA selbst der Rassismus, die Unterdrückung der 25 Mio. Neger und der anderen Minderheiten, die Ausrottung der einheimischen Indianer usw. eine alltägliche Erscheinung ist?

Die andere Supermacht, die russischen Sozialimperialisten, hat samt ihren Satelliten, für die Resolution gestimmt. Aber dieses angebliche Votum gegen den Zionismus, die „Verurteilung" des Rassismus und der Rassentrennung durch die Neuen Zaren im Kreml ist in Wahrheit falsch und verlogen. **Die russischen Sozialimperialisten helfen ja selbst, das Regime der israelischen Zionisten aufzupäppeln. Sie haben sogar ein Geschäft daraus gemacht, Israel in großem Maßstab mit Söldnern zu versorgen. Sie sind selbst Rassisten und Chauvinisten, die die Sowjetunion in ein Völkergefängnis verwandelt haben. Wie die alten Zaren sind sie großrussische Chauvinisten, die voller Verachtung auf die anderen Völker herabschauen und ihre nationalen Eigenheiten unterdrücken.**



Bomben auf ein Flüchtlingslager im Libanon – Zionistische Politik.

Die amerikanischen Imperialisten und die russischen Sozialimperialisten unterstützen beide die israelischen Zionisten, um die Spannungen in diesem Raum zu schüren und sich Möglichkeiten des Eindringens zu verschaffen, weil sich ihre Rivalität, ihr Kampf um Einfluß, Positionen und Macht in diesem Gebiet verschärft. **Mit der Annahme der Resolution gegen den Zionismus haben die Völker und Länder auch die Hintermänner dieser Politik verurteilt.**

Das trifft auch die westdeutschen Imperialisten, die von einem „schwarzen Tag" in der UNO gesprochen haben. Sie vor allem spekulieren mit den Verbrechen Hitlers an den Juden, den millionenfachen Morden, um unter dem Deckmantel der „Wiedergutmachung", der „Sühne" usw. usf., den Zionisten allseitige Hilfe zukommen zu lassen. Seit Adenauer sich heimlich mit Ben Gurion in einem New Yorker Hotel traf, und ihm westdeutsche Waffen gegen die diplomatische Anerkennung versprach, sind es die westdeutschen Imperialisten, die nach den USA, das zionistische Regime in einem unaufhaltsamen Strom mit Geld, Waffen, Ausrüstungen anderer Art versorgt haben. Die Beträge, die Bonn für die Aggressionspolitik Israels bereitgestellt hat, gehen in die Milliarden. Das zeigt das wahre Gesicht des westdeutschen Imperialismus als Feind der Völker, als eine Macht, die gegen den gerechten revolutionären antiimperialistischen Kampf des palästinensischen Volkes auftritt.

Die Völker haben sich von Drohungen und Beschimpfungen nicht einschüchtern lassen und die Wahrheit gesagt, sie haben die Rassisten und alle ihre Befürworter als Feinde der Freiheit und Unabhängigkeit entlarvt.

Angola unabhängig - Bürgerkrieg geht weiter

Moskau droht offen mit Intervention

Am 11. November wurde Angola offiziell unabhängig. Aber dieser Tag, für den das angolanische Volk jahrhundertelang gekämpft hat, ist nun überschattet vom Bruderkrieg im eigenen Land, der seine Ursache in der Rivalität der beiden Supermächte in Afrika und vor allem in der offenen Einmischung der sowjetischen Sozialimperialisten in die inneren Angelegenheiten Angolas und der OAU hat.

Daß die russischen Sozialimperialisten nicht Freunde der afrikanischen Völker sind, sondern ein gefährlicher Feind, hat sich jetzt erneut gezeigt, als sie sich arrogant über die Warnungen der afrikanischen Völker hinwegsetzten und – wie vorher angekündigt – nur eine der drei Befreiungsbewegungen Angolas als Vertreter eines unabhängigen Angola anerkennen. Die russischen Sozialimperialisten stellen sich damit nicht nur gegen die Interessen des angolanischen Volkes, sondern auch gegen die OAU, die wiederholt erklärt hat, daß sie für ein unabhängiges Angola unter einer einheitlichen Regierung eintritt.

Gerade in den letzten Tagen vor dem 11. November hatte die OAU ihre Anstrengungen verstärkt, die drei Befreiungsbewegungen Angolas untereinander auszusöhnen. Und gerade die letzten Tage vor der offiziellen Unabhängigkeitserklärung Angolas suchten sich auch die russischen Sozialimperialisten aus, um sich nun auch offen in die Angelegenheiten der OAU einzumischen und weitere Länder Afrikas zu bedrohen. Sowohl Idi Amin, der Vorsitzende der OAU, als auch Mobutu Sese Soku, Präsident der Republik Zaire, erhielten Schreiben der sowjetischen Regierung, in der diese erneut erklärte, daß sie für die Erklärung der Unabhängigkeit Angolas nur durch eine der Befreiungsorganisationen eintrete und sogar offen mit Intervention drohte. In einer Erklärung der Revolutionären Volksbewegung von Zaire heißt es dazu: „Die ganze Welt weiß, daß der Gipfel der OAU eine Versöhnungskommission für Angola geschaffen hat und wir alle warten auf ihr Ergebnis. Wir überlegen sogar ein Sondertreffen der OAU. Die Sowjetunion hat sich gerade diesen Moment ausgesucht, um einem Mitglied der afrikanischen Organisation offen zu drohen."

In der gleichen Erklärung warnt Zaire die Sowjetunion, daß es die diplomatischen Beziehungen abbrechen werde, wenn die Sowjetunion ihre Provokationen nicht sofort beendet.

Idi Amin, Vorsitzender der OAU, protestierte öffentlich gegen die Einmischung der beiden Supermächte in Angola und prangerte vor allem die Sowjetunion an. Er stellte ihr ein Ultimatum von 48 Stunden und erklärte, nach Ablauf des Ultimatums würde Uganda die Beziehungen zur Sowjetunion abbrechen, wenn sie nicht ihre Einmischung in die Angelegenheiten Angolas und der OAU beenden würde.

Die russischen Sozialimperialisten beantworteten das Ultimatum auf ihre Weise. Noch bevor es abgelaufen war, brachen sie ihrerseits die diplomatischen Beziehungen zu Uganda ab, die ersten Angehörigen des sowjetischen Botschaftspersonals haben Uganda bereits verlassen.

Das ist allerdings ein offenes Eingeständnis der Haltung, die die sowjetischen Revisionisten gegenüber den afrikanischen Ländern und ihrer Organisation OAU einnehmen!

Diese letzten unerhörten Provokationen der russischen Sozialimperialisten in Afrika haben die Empörung gegen diese Supermacht erheblich gesteigert. Viele Länder haben öffentlich gegen diese Politik der Einmischung protestiert. Einige haben Maßnahmen gefordert, um dieser Supermacht die gebührende Antwort zu erteilen.

Bereits in einem Kommentar der Nachrichtenagentur Hsinhua vom 7. 11. hieß es dazu:

„Die Sowjetunion hat durch ihre Haltung und durch ihre Tat der ganzen Welt gezeigt, daß sie im Gegensatz zur OAU steht und auf ihrer feindseligen Haltung gegenüber den Hunderten von Millionen Afrikanern besteht, das angolanische Volk eingeschlossen. An der Haltung der Sowjetunion gegenüber Ägypten und an ihrer gegenwärtigen Haltung gegenüber dem angolanischen Problem, haben die afrikanischen Völker noch klarer gesehen, daß die Sowjetunion nicht ihr Freund, sondern im Gegenteil ein sehr gefährlicher Feind ist. Sie sind sich der Tatsache immer besser bewußt geworden, daß sie gegenüber dem sowjetischen Sozialimperialismus sehr wachsam sein müssen, wenn sie gegen den alten Kolonialismus kämpfen.

Die Intervention in Angola ist für die Sowjetunion bei ihrem Streben nach Weltherrschaft von strategischer Bedeutung. Da Angola in Südafrika liegt, versucht die Sowjetunion dort ihren Einflußbereich aufzubauen, um den Freiheitskampf der südafrikanischen Völker zu unterminieren und die sowjetische Position in ihrer Rivalität mit den USA zu stärken. Da Angola an der südlichen Atlantik-Küste liegt und ausgezeichnete Häfen besitzt und eine strategisch sehr wichtige Position einnimmt, will die Sowjetunion es unter ihre Kontrolle bringen und es zu einem strategischen Stützpunkt im Wettstreit mit der anderen Supermacht um die Vorherrschaft im Südatlantik machen. Darüber hinaus will die Sowjetunion durch die Spaltung der angolanischen Befreiungsbewegungen auch die Reihen der afrikanischen Länder spalten, um so ihre Schritte der Aggression und Expansion in Afrika beschleunigen zu können. Das sind die verbrecherischen Beweggründe der sowjetischen Sozialimperialisten in ihrer hektischen Intervention und Aggression in Angola."

Aber das angolanische Volk ist ein heroisches Volk, das im bewaffneten Kampf die alten Kolonialherren besiegt hat und das mit Sicherheit auch die Ränke der russischen Sozialimperialisten durchkreuzen und der Sache der Einheit und Unabhängigkeit seines Landes zum vollständigen Sieg verhelfen wird.

Pferdewechsel zur Irreführung des Volkes

Am 4. November gab der amerikanische Präsident Ford im Fernsehen die Entlassungen seines bisherigen Kriegsministers Schlesinger, seines bisherigen Geheimdienstchefs Colby und einiger anderer Leute seiner Administration bekannt. Henry Kissinger wurde von seinem Posten als Vorsitzender des „Nationalen Sicherheitsrates" abgesetzt und von seinem vertrauten General Brent Snowcroft abgelöst. Was steckt hinter diesem Pferdewechsel in der Administration der amerikanischen Imperialisten?

Der Pferdewechsel, den der Chef des Weißen Hauses inszenierte, soll die amerikanischen Werktätigen irreführen, die wegen der Vertiefung der wirtschaftlichen und politischen Krise in den USA sehr unzufrieden sind. Der Geheimdienstchef Colby wurde abgelöst, nachdem immer mehr der verbrecherischen Aktivitäten des berüchtigten Geheimdienstes CIA an die Öffentlichkeit gedrungen waren und Colby selbst allzu bereitwillig einige der scheußlichsten Verbrechen, wie die Planung der Ermordung von dem US-Imperialismus nicht genehmen Staatsoberhäuptern anderer Länder, zugegeben hatte. In seiner Fernsehansprache sagte Ford denn auch, daß er seine „eigenen Jungs" um sich haben wolle, seine eigene Mannschaft, um den Eindruck zu erwecken, daß von nun an alles anders werden könnte.

Als Ford den Ausdruck „meine eigenen Jungs" gebrauchte, spielte er auch auf seinen Vorgänger Nixon an, auf den aufsehenerregenden Watergateskandal, der schon zum Markenzeichen der Verrottung und Fäulnis des amerikanischen Imperialismus geworden ist. Auf diese Weise wollte Ford sein Image aufpolieren und sich den Weg für eine Wiederwahl im nächsten Jahr offen halten. Aber ebenso wie der Watergateskandal zeigt der Pferdewechsel im Weißen Haus nur die Spaltung und den in der korrupten Administration herrschenden Kampf um die Macht. In diesem Kampf geht es darum, die politischen Gegner auszuschalten. Aber trotz der Veränderungen, trotz der Auswechselung einiger Posten bleiben die Ziele, bleibt die Politik des amerikanischen Imperialismus dieselbe wie vorher.

Das gilt auch für die Entlassung des Kriegsministers Schlesinger, die in der imperialistischen Presse mit dem Schlagwort: „Er mußte gehen, weil er ein Feind der Entspannungspolitik Kissingers war" gekennzeichnet wurde. Einige Zeitungen schrieben sogar, daß Schlesinger die Veröffentlichung einer Geheimstudie des militärischen Nachrichtendienstes, in der die Schlußfolgerung gezogen wird, daß die Sowjetunion die Entspannung nur benutzt, um der Beherrschung des Westens näherzukommen zum Verhängnis wurde. Tatsache ist jedenfalls, daß nicht zuletzt die Veröffentlichung dieser Studie zeigt, daß die angebliche „Entspannung" nur ein Betrug ist, ein Täuschungsmanöver gegen die Völker, hinter dem die beiden Supermächte ihre wahnwitzige Aufrüstung, ihre fieberhaften Kriegsvorbereitungen, ihre wachsende Rivalität zu verbergen suchen.

Der Schwerpunkt der Rivalität der beiden Supermächte ist Europa. Schlesinger selbst hat noch wenige Tage vor seiner Entlassung in einem Interview bekräftigt: „Während der letzten 2 Jahre haben wir unsere besten Offiziere, unsere besten Soldaten und unser bestes Material nach Deutschland verschifft." Und einige Monate zuvor hatte Schlesinger offen angekündigt, daß die amerikanischen Imperialisten nicht zögern werden, Westeuropa und vor allem die Bundesrepublik mit Atombomben in eine Wüste zu verwandeln, wenn es ihnen notwendig erscheint. An dieser Politik der amerikanischen Imperialisten wird sich nichts ändern.

Bemerkenswert ist allerdings, daß Bundesverteidigungsminister Leber dem ehemaligen amerikanischen Kriegsminister Schlesinger, der durch seine offene Sprache mehr als andere gezeigt hat, daß er ein Feind des deutschen Volkes ist in einem persönlichen Schreiben „für langjährige freundschaftliche Zusammenarbeit herzlich gedankt" hat. Der Minister der westdeutschen Imperialisten Leber dankt dem US-Imperialisten Schlesinger und dokumentiert damit schlagend den nationalen Verrat der westdeutschen Imperialisten, ihre gefährliche gegen die Interessen des deutschen Volkes gerichtete Politik.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Die KP Brasiliens verstärkt ihre Propagandaarbeit

Die Kräfte verzehnfachen, den Weg des Volkskrieges erklären!

Die KP Brasiliens entfaltet eine breite Tätigkeit, um die Volksmassen zum Kampf für den Sturz des von den amerikanischen Imperialisten ausgehaltenen faschistischen Regimes zu mobilisieren und zu organisieren. Der Weg, den sie dabei weist, ist der der Partisanen von Araguaia, der Weg des revolutionären Volkskrieges. Damit dieser Weg im ganzen Land Wirklichkeit wird, legt die KP Brasiliens auch besonderen Wert auf die Agitation und Propaganda. Im folgenden drucken wir eine Sendung von Radio Tirana über dieses Gebiet der revolutionären Arbeit der KP Brasiliens ab.

Die Partei hält die Agitation und Propaganda für notwendig, die Massen revolutionär zu mobilisieren und ihr Klassenbewußtsein im Kampf für den Sturz des faschistischen Diktatur zu heben. Mehr als ein Jahrzehnt lang, schreibt dazu die Zeitung „A Classe Operaria", versuchte die faschistische Militärdiktatur, die Bestrebungen des brasilianischen Volkes nach Freiheit, Unabhängigkeit, Kultur und Wohlstand zu liquidieren. Dennoch wächst die Opposition gegen das Regime und die Politik der Generäle von Tag zu Tag. Keinen einzigen Augenblick lang haben die Werktätigen und Volksmassen, die fortschrittlichen und demokratischen Kräfte den Widerstand und den Kampf für ihre Rechte eingestellt. Die Bauern setzen sich mit den Großgrundbesitzern und ihren Banden auseinander und die Arbeiter widersetzen sich der unbarmherzigen Ausbeutung durch die Bosse und der unablässigen Erhöhung der Lebenshaltungskosten. Gleichzeitig nehmen die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten des Regimes zu. Deswegen bestehen günstige objektive Bedingungen für politische Aktionen der Massen und um den Kampf gegen die Diktatur auszudehnen und zu erweitern.

Angesichts dieser Lage hat das Militärregime außer Gewalt und Terror auch eine große Propagandamaschine auf die Füße gestellt, um die werktätigen Massen in die Irre zu führen und zu korrumpieren.

Um unter diesen Bedingungen der revolutionären Volksbewegung einen machtvollen Auftrieb zu geben, stellt die KP Brasiliens außer verschiedenen organisatorischen Maßnahmen die Aufgabe, die Agitation und Propaganda zu verstärken, um die werktätigen Massen aufzuklären, sie zur Tat wachzurütteln, sie stärker zu mobilisieren und ihr revolutionäres Bewußtsein zu heben. Es ist von grundlegender Bedeutung, betont „A Classe Operaria", daß die Kommunisten ihre Kräfte verzehnfachen, sich neue geeignete Formen und Mittel überlegen, um den Widerstand der Massen gegen die Militärdiktatur zu entfalten, sie über die Notwendigkeit gemeinsamer Aktionen aufzuklären, die unter den Volksmassen verbreiteten falschen Ideen zu bekämpfen und die richtigen Ideen zu verteidigen. Die Parteimitglieder und Organisationen müssen die legale und die illegale Propaganda meisterhaft durchführen und miteinander kombinieren können. Bei der mündlichen und schriftlichen Agitation, betont die Partei, ist es, um das Bewußtsein der Werktätigen besonders der Arbeiterklasse, zu heben, notwendig, daß die Massen einer Fabrik, eines Wohnviertels oder eines Dorfes erkennen, wie wichtig die Aktion ist.


Zeichnung aus „A Classe Operaria", Zentralorgan der KP Brasiliens.

Es ist eine Tatsache, daß, wenn in einer Kampagne Fakten angeprangert werden, wie zum Beispiel die Folterung und Ermordung von Patrioten, die Willkür der Agenten der Diktatur gegen die Bürger oder auch die Teuerung, dies großes Gehör in der Öffentlichkeit findet, sie empört und bei ihr immer machtvolleren Protest hervorruft. **In diesem Zusammenhang müssen die Marxisten-Leninisten den Werktätigen die Linie der Partei, den Weg des Volkskrieges erklären, wobei sie gleichzeitig die Gerechtigkeit der Sache aufzeigen, für die sie kämpfen.**

Die Propagandisten der Partei müssen die werktätigen Massen ebenfalls mit der gegenwärtigen internationalen Lage bekanntmachen, die von den beiden Supermächten verbreitete Propaganda über die angebliche Entspannung entlarven, den modernen Revisionismus ohne zu zögern bekämpfen und entlarven, den Verrat der führenden Clique der Sowjetunion und die Verwandlung dieses Landes in eine sozialimperialistische Macht anprangern.

Es ist von Bedeutung, hebt die Partei hervor, dem Volk erkennen zu helfen, daß der einzige Ausweg, um die Demokratie zu errichten, der gemeinsame Kampf für den Sturz der Militärdiktatur ist. **Gleichzeitig ist es notwendig, begeistert den Kampf der Partisanen von Araguaia zu propagieren, ihnen wirkungsvolle Solidarität zu leisten und gleichzeitig hervorzuheben, daß ihr Beispiel befolgt werden muß.**

Die KP Brasiliens beauftragt ihre Mitglieder und Organisationen in den verschiedenen Gebieten des Landes, den Problemen der Massen, ihren Gefühlen und Bestrebungen große Aufmerksamkeit zu widmen, eine einfache und den Massen verständliche Agitation und Propaganda zu entfalten, damit die Ideen und Weisungen der Partei von ihnen verstanden und befolgt werden. In diesem Zusammenhang stellt die Partei die Aufgabe, ein breites Netz von Korrespondenten und Mitarbeitern zu organisieren, die Initiative der Kommunisten bei Fragen der Agitation und Propaganda zu vervielfachen, um sie zu einer starken Waffe zu machen, die die Volksbewegung richtig orientiert, damit der antifaschistische und antiimperialistische Kampf vorangetrieben wird.

Aus aller Welt

ALBANIEN

Genosse Ramiz Alia, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, empfing am 1. November die Delegation des Zentralkomitees der Kommunistischen Arbeiterpartei Marxisten-Leninisten Norwegens, die vom Sekretär der Partei, Genossen Swerre Knudsen geleitet wird und auf Einladung des Zentralkomitees der PAA zu einem Freundschaftsbesuch nach Albanien gekommen ist. Zwischen den Genossen Ramiz Alia und Swerre Knudsen wurden Gespräche von gemeinsamen Interessen geführt. Die Gespräche, die von einem warmen und freundschaftlichen Geist gekennzeichnet waren, zeigten die vollständige Einheit der Meinungen zu allen diskutierten Fragen.

ALBANIEN

Im Buchhandel ist der 19. Band der Werke des Genossen Enver Hoxha erschienen, in dem Berichte, Reden, Telegramme, Vorträge und weitere Schriften aus der Zeitspanne Juli bis Dezember 1960 enthalten sind. Die Materialien dieses Bandes sind von besonderer Bedeutung. Sie spiegeln deutlich den prinzipienfesten, kühnen und weitsichtigen Kampf wieder, den die Partei der Arbeit Albaniens auf der Bukarester Tagung und der Moskauer Versammlung geführt hat, um den Marxismus-Leninismus und den proletarischen Internationalismus gegen die spalterische und antimarxistische Tätigkeit der sowjetrevisionistischen Führung mit Chruschtschow an der Spitze zu verteidigen. Darin zeigt sich auch der Kampf gegen die inneren Feinde der Partei, die sich in dieser komplizierten Situation, dem Druck, den spalterischen und Sabotagemethoden der sowjetrevisionistischen Führung beugten und sich in ihren Dienst stellten. Die meisten Dokumente dieses Bandes wurden zum ersten Mal veröffentlicht.

DBR/TSCHECHOSLOWAKEI

Die westdeutschen Monopolherren und die tschechoslowakische neue Bourgeoisie festigen nicht nur ihre Beziehungen untereinander, sondern verstärken auch in Zusammenarbeit miteinander die wirtschaftliche Expansion in andere Länder des Erdballs. Ein westdeutsch-tschechoslowakisches Konsortium, melden die Nachrichtenagenturen, wird die Arbeit für den Bau einer Zementfabrik in Teheran aufnehmen. Diese Zusammenarbeit zwischen den vom Maschinenfabrikanten Gebrüder Hischmann geleiteten westdeutschen Betrieben und der tschechoslowakischen Gesellschaft Prago-Invest ist nichts Neues. Diese Zusammenarbeit beweist, daß sich die tschechoslowakische neue Bourgeoisie bereits durch überhaupt nichts mehr von der westdeutschen Bourgeoisie unterscheidet. Beide sind gleichermaßen skrupellose Ausbeuter des deutschen bzw. tschechoslowaki schen Volkes und Plünderer und Ausbeuter der Reichtümer anderer Länder, in denen sie investiert haben.

INDONESIEN

In seiner neuesten Ausgabe meldet API, das Nachrichtenbulletin der Kommunistischen Partei Indonesiens unter anderem:



Manöver, um die Unterdrückung zu vervollkommnen.

Die bewaffneten Kräfte des Suharto-Regimes, einschließlich der Polizei, haben in Djakarta, Semarang, Surabaya, Palembang, Medan und Ujung Pandang vor nicht allzulanger Zeit eine Reihe von Militärmanövern abgehalten. Der Kodename der Manöver war „Wachsamkeitsübung". In Bezug auf diese Manöver erklärte der Chef der Sicherheitspolizei KOPKAMTIB SUDOMO, daß die „Fähigkeit" der bewaffneten Kräfte zur Unterdrückung „beständig weiterentwickelt werden muß". Nach Sudoma ist das „Sicherheitssystem in den Städten, daß von der KOPKAMTIB in den vergangenen anderthalb Jahren seit den Ereignissen am 15. Januar aufgebaut worden ist, ein unverzichtbarer Bestandteil des nationalen Sicherheitssystems". Seit den militanten Studenten- und Jugenddemonstrationen Mitte Januar 1974 („15. Januar-Ereignisse") haben die faschistischen Streitkräfte schon mehrmals solche Übungen abgehalten, um ihre Stärke zu zeigen.

Bauern weigern sich, ihr Land herzugeben.

Um die „internationalen Zuckermärkte zu füllen" hat der „Nationale Rat für wirtschaftliche Stabilisierung" des Suharto-Regimes auf Anordnung der Weltbank eine Verordnung erlassen, in der die Bauern in bestimmten Gebieten gezwungen werden, ihre Landstücke an Zuckerrohrplantagen zu verpachten. Die Zuckerplantagen wollen das Land haben, um den Zuckerrohranbau noch weiter auszudehnen. Der Höchstbetrag, den die Bauern als Pacht für das Land bekommen sollen, beträgt anderthalbjährlich ca. 650 Dollar pro Hektar. Die Bauern verlieren bei dieser Art von „Geschäft" sehr viel, denn wenn sie auf dem Land Reis und andre Feldfrüchte anbauen würden, könnten sie in derselben Zeit 1927 Dollar verdienen. Aus Empörung über diese Verordnung haben die Bauern in verschiedenen Gebieten in Zentral- und Ostjava erklärt, daß sie sich weigern, der Verordnung nachzukommen. Sie wurden daraufhin vom faschistischen Regime angeklagt „Dörfer der KPI" zu sein, was die schlimmsten Folgen haben kann. Aber die Bauern änderten ihre Meinung nicht. Hinzugefügt werden muß noch, daß der durchschnittliche Landbesitz in Java weniger als ein Drittel ha beträgt.

HONDURAS

Nachrichten aus der Hauptstad: Tegucigalpa zufolge haben die Bauern in Honduras in vier Provinzen Landbesetzungen durchgeführt. Vorher hatten zwei Bauernorganisationen und andere Vereinigungen von der Regierung verlangt, 150 000 ha brachliegendes Land an 30 000 Bauern zu verteilen. Die Behörden weigerten sich jedoch. Die Bauern begannen daraufhin damit, das Land zu besetzen. In Honduras sind von den 2,8 Mio. Einwohnern 70% Bauern. Aber die meisten von ihnen haben kein oder nur sehr wenig Land. Der größte Teil des Landes befindet sich im Besitz der US-Konzerne „United Brands" und „Standard Fritz Company" sowie einiger Grußgrundbesitzer.. Schon im vergangenen Jahr haben die Bauern immer wieder Kämpfe geführt, um Land zu bekommen.

MOSAMBIK

Die Arbeiter der Betriebe und Fabriken haben in den letzten Monaten gegen die Sabotage der gesetzesbrecherischen ausländischen Kapitalisten einen harten Kampf zur Wiederherstellung und Erweiterung der Produktion geführt und ihre nationalen Interessen verteidigt. Dieser Kampf wird von der Regierung unterstützt und angeleitet. Immer wieder haben die ausländischen Kapitalisten versucht, Arbeiter zu entlassen, Techniker aufzuhetzen, das Land zu verlassen und sind selbst geflohen, wobei sie alles, was nicht niet- und nagelfest war, mitzunehmen versuchten. In solchen Fabriken wurden Arbeiter-Verwaltungskomitees eingerichtet, um sie zu übernehmen. Ein Korrespondent der Nachrichtenagentur Neues China besuchte vor kurzem einige solcher vor kurzem von den Arbeitern übernommenen Fabriken. Die Kapitalisten des „Victor-Lopes" Fischfangunternehmens, z. B. flohen, als der Betrieb fast bankrott war und Schulden von über 20 000 Contons hatte. Die Arbeiter hatten mehrere Monate keinen Lohn erhalten. Im April wurde das Arbeiter-Verwaltungskomitee eingerichtet und führte die Arbeiter in einer Kampagne „Selbsthilfe durch Produktion". Im Rahmen dieser Kampagne reparierten die Arbeiter die Schiffe und flickten die Netze und begannen wieder mit dem Fischfang. Im September hatte sie mit 10 000 Tonnen einen guten Fang. Sie planen jetzt den Bau einer Konservenfabrik, um die gefangene Fische gleich zu verarbeiten.

OST-TIMOR

Als Antwort auf den Überfall der indonesischen Faschistenarmee auf Ost-Timor haben die Hafenarbeiter von Melbourne/Australien in der 2. Hälfte des Monats Oktober einen Boykott indonesischer Schiffe im Hafen von Melbourne durchgeführt. Sie bekundeten ihre vollständige Unterstützung für den gerechten Kampf der Bevölkerung von Ost-Timor unter der Führung der Revolutionären Front für die Unabhängigkeit Ost-Timors (FRETILIN). Sie brandmarkten damit auch die Ermordung der 5 australischen Journalisten in Balibo/Ost-Timor durch die indonesische Armee. Die Hafenarbeiter wollen ihren Boykott erst dann beenden, wenn die indonesischen Faschisten die Leichen der 5 australischen Journalisten herausgegeben haben.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA!

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 und 41 Meter
16.00-16.30	32 und 41 Meter
19.00-19.30	41 und 50 Meter
2. Programm	
14.30-15.00	32 und 41 Meter
18.00-18.30	32 und 41 Meter
21.30-22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
3. Programm	
6.00-6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
23.00-23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)

RADIO PEKING

Im Winter	43,7; 42,8 und 38.5 Meter
Im Sommer	26.2 Meter
Jeweils:	19.00-20.00 und 21.00-22.00 Uhr.



32 Meter entspricht 9,26 MHz
41 Meter entspricht 7,23 MHz
50 Meter entspricht 5,95 MHz
215 Meter entspricht ca. 1 400 KHz (Mittelwelle)

20 Jahre Bundeswehr

Eine Armee gegen die Interessen des Volkes

Fortsetzung von Seite 1

Volkes. Sie kassierten Dollars und neue Macht, das werktätige Volk sollte dafür im Dienste der US-Aggressionspläne die Knarre für neue Mörderdienste wieder schultern. Am 18. 12. 1950 stimmte der Nato-Rat der Aufstellung und Eingliederung von 25 westdeutschen Kampfgruppen und Luftwaffenverbänden in die Nato zu.

Unter dem Sicherheitsministerium des Minister Blank, der als ehemaliger IG-Bergbau-Vorsitzender Adenauer für seine volksfeindlichen Pläne als besonders geeignet erschien, wurden die alten Nazi-Generäle mit der Planung und Schaffung der Bundeswehr beauftragt. Mit von der Partie waren Nazi-Größen wie v. Speidel, Heusinger, v. Kielmannsegg, Graf Schwerin und andere. Aus der Versenkung in Argentinien wurden z.B. 400 Nazikriegsspezialisten zurückgeholt mit der Verpflichtung, in die zu gründende Bundeswehr einzutreten.

, Die Bevölkerung Westdeutschlands antwortete mit einer breiten Bewegung, die von der KPD und ihrer Jugendorganisation, der FDJ, geführt wurde. Hier nur einige Stationen dieses großen Kampfes:

Am 1. Oktober 1950 findet der Tag der 100 000 Friedenskämpfer statt. In 29 Städten werden 48 Kundgebungen und 35 Demonstrationen gegen Militarisierung, für Frieden und die Einheit Deutschlands durchgeführt.

– Am 28. 1. 1951 beschließen in Essen 1 000 Friedenskämpfer eine Volksbefragung gegen Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag mit Deutschland. Trotz Verbot durch die Adenauer-Regierung geben im Laufe des Jahres 9 Millionen westdeutsche Bürger ihre Stimme ab. Davon 90% für Friedensvertrag gegen Remilitarisierung.

– 11. 5. 52: Friedenskarawane der westdeutschen Jugend in Essen gegen Europäische Verteidigungsgemeinschaft und Generalvertrag, der die Vorherrschaft des US-Imperialismus über Westdeutschland sichert. 40 000 Jugendliche nehmen teil. Die Polizei greift zu Schußwaffen und ermordet den FDJ-Genossen Philipp Müller.

– 22. 1. 1955: 24stündiger Streik von über 800 000 Berg- und Metallarbeitern gegen Wiederaufrüstung und Abbau der sozialen und demokratischen Rechte der Werktätigen.

Dennoch hatte die Adenauer-Regierung den Generalvertrag und die Pariser Verträge unterzeichnet, die schließlich 1955 in Kraft traten. Gegen den Willen des deutschen Volkes hatten die westdeutschen Imperialisten damit die Oberherrschaft des US-Imperialismus über Westdeutschland unterschrieben, ihr eigenes Regime endgültig errichtet und sich freie Bahn geschaffen, um im Rahmen des Nato-Kriegspaktes eine neue imperialistische Armee, die Bundeswehr, zu errichten.

Heute hat die KPD/ML und ihre ROTE GARDE die Tradition des antimilitaristischen Kampfes übernommen. Zwar behaupten die modernen Revisionisten der D„K"P, sie würden den Kampf Philipp Müllers fortsetzen, doch sie haben eben diesen Kampf verraten. Hatte die revolutionäre KPD stets in die Friedensbewegung auch den Kampf für den Sturz des Adenauer-Regimes hineingetragen, so haben die Revisionisten, nachdem sie in der KPD die Führung erlangten, anstelle dessen den Pazifismus, ihr pazifistisches Abrüstungsgeschrei gesetzt. Die KPD/ML aber weist mit der Parole „Krieg dem imperialistischen Krieg!" gegen den revisionistischen Verrat erneut der Jugend die revolutionäre Perspektive im Kampf gegen den imperialistischen Krieg.

Wie aber ist dieser Kampf heute zu führen? Welche Rolle spielt heute die Bundeswehr?

Die Situation in Europa hat sich gewandelt. Die sozialistische Sowjetunion ist von der revisionistischen Chruschtschow- und Breschnew-Bande in eine sozialimperialistische Supermacht verwandelt worden, die nach Weltherrschaft giert. Aus der einstigen Bedrohung der Sowjetunion durch den US-Imperialismus ist das Ringen zweier Supermächte um Weltherrschaft geworden, in dem es keine gerechte Seite gibt. **Angesichts dessen aber einseitig für die Abrüstung der Nato und für die Abrüstung der Bundeswehr einzutreten, wie das die modernen Revisionisten der D„K"P tun, das heißt, der anderen räuberischen Supermacht, dem russischen Sozialimperialismus in die Hände zu arbeiten. Nicht von der Bundeswehr, sondern von den beiden um Vorherrschaft ringenden Supermächten geht heute die Hauptkriegsgefahr aus, wobei die wahnsinnige Aufrüstung, der Drang nach Neuaufteilung der Machtverhältnisse den russischen Sozialimperialismus als die aggressivere Supermacht von beiden in Europa ausweist. Heute den Kampf gegen den imperialistischen Krieg führen, das heißt vor allem, diesen beiden Hauptkriegstreibern sich in den Weg zu stellen und den Kampf gegen beide aufzunehmen.**

Aber muß man nicht dann sogar die Bundeswehr unterstützen, um unser Land gegen die beiden Supermächte zu verteidigen? Keineswegs. Mit dem Wiedererstarken des westdeutschen Imperialismus sind die westdeutschen Imperialisten gegenüber den USA zwar unabhängiger geworden, ist die Bundeswehr die Armee eines eigenständigen Imperialismus geworden, der in einigen Fragen auch offen in Widerspruch zu den US-Imperialisten tritt. Aber auch heute gehört Westdeutschland zum Einflußgebiet des US-Imperialismus, sind seine Besatzertruppen hier stationiert. Und im Rahmen der NATO – das betonen die westdeutschen Imperialisten immer wieder, soll im Kriegsfall die Bundeswehr an der Seite des US-Imperialismus stehen. Wir treten entschieden ein für die Verteidigung der Unabhängigkeit und Souveränität unseres Landes, aber die Bundeswehr ist keineswegs ein Instrument solcher Verteidigung gegen beide Supermächte. Es mag sein, daß die Widersprüche zwischen der US-Vorherrschaft und den westdeutschen Imperialisten sich verschärfen und so die Bundeswehr eines Tages vorübergehend, in bestimmter Weise ausgenutzt werden kann gegen beide Supermächte. Doch vertrauen muß unser Volk im Kampf gegen die drohende Kriegsgefahr auf seine eigenen Kräfte. Genosse Ernst Aust machte das in einem treffenden Vergleich deutlich: *„Wie ein Huhn immer nur Eier legt und niemals Kartoffeln, kann der Kapitalismus in seinem höchsten Stadium, dem Imperialismus, immer nur eine imperialistische Armee erzeugen, niemals aber eine Armee zum Schutz, zur Befreiung des Volkes."* Das beweist deutlich auch die Ausrüstung der Bundeswehr, die nicht darauf gerichtet ist, optimal gegen einen Angriff zu verteidigen, sondern die mit Offensivwaffen gerüstet ist – für den Bürgerkrieg im Lande zur Unterdrückung der Revelution wie für Aggression nach außen.

Der Weg der KPD/ML im Kampf gegen die beiden Supermächte wie im Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus und seine Armee ist die proletarische Revolution, ist der revolutionäre Volkskrieg in einer Front mit den europäischen Völkern und den Völkern der Welt. Das ist kein Weg der pazifistischen Parolen, sondern des gewaltsamen revolutionären Kampfes zum Sturz des Imperialismus. Deshalb sind wir entschieden dafür, daß jeder Jugendliche aus dem werktätigen Volk das Waffenhandwerk erlernt. Wo aber kann er das gegenwärtig besser als in der Bundeswehr – zumal auch dort der Kampf unter der Parole „Krieg dem imperialistischen Krieg!" geführt werden muß. Heute bereits gilt es sich vorzubereiten, sich in die Lage zu versetzen, jederzeit die Waffen gegen die beiden Supermächte wie gegen die westdeutschen Imperialisten richten zu können, gemäß den Worten Lenins: ***„Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, die Waffen handhaben zu lernen und Waffen zu besitzen, ist nur wert, als Sklave behandelt zu werden . . . Unsere Losung muß lauten: Bewaffnung des Proletariats, um die Bourgeoisie zu besiegen, zu expropriieren und zu entwaffnen. Das ist die einzig mögliche Taktik der revolutionären Klasse . . ."***

"Rahmer, kämpft für euren Bauspielplatz und unsere Betreuer!"

In Dortmund-Rahm, einer Arbeitersiedlung erkämpfte sich die Bevölkerung vor zwei Jahren einen pädagogisch betreuten Bauspielplatz.' Über 1 000 Kinder gingen auf die Straße, damit der Platz endlich aufgemacht wurde. Der Spielplatz ist für die rund 4 000 Kinder der Siedlung praktisch die einzige Möglichkeit zum Spielen. Es sei denn, man geht auf die Straße. Etwa 200 Kinder spielen täglich auf dem Platz. Sie können unter Anleitung Buden bauen, Feuer machen, malen, Tiere halten, basteln und sich austoben. Alles Dinge, für die normalerweise im kinderfeindlichen Kapitalismus mit seinen engen Arbeiterwohnungen kein Platz ist.

Nun ist in der Nacht vom 3. auf den 4. 11. das Betreuungs- und Spielhaus völlig abgebrannt. Die Brandursache ist angeblich ungeklärt, vermutlich war es Brandstiftung.

Seit Dienstag ist der Platz geschlossen. Betreuer und Kinder dürfen ihn auf Anordnung des Jugendamtes nicht betreten. Das Werkzeug wurde abgeholt, der Strom abgeklemmt. Die Stadt richtet sich darauf ein, daß der Spielplatz für längere Zeit geschlossen bleibt. Offensichtlich kommt ihr der Brand sehr entgegen, denn z. B. war das wenige Geld für 1975 aufgebraucht und die Stadt war nicht bereit, das notwendige Geld für den weiteren Betrieb zur Verfügung zu stellen.

Zur Zeit wird zwar davon geredet, daß ein neues Haus gebaut werden soll, „vielleicht in einem halben Jahr, es kann aber auch länger dauern". **Die Tatsachen sehen aber so aus, daß Kinder, die trotzdem auf den Platz gehen, von der Polizei aufgeschrieben werden. So 10 Kinder am Mittwoch oder Donnerstag voriger Woche. Und genau mit diesem Zustand wollen sich Eltern, Kinder und Betreuer nicht abfinden.** Ein großer Teil der Eltern traf sich schon am Freitag zu einem Elternabend und forderte geschlossen die sofortige Öffnung des Platzes und die Weiterarbeit der bisherigen Betreuer. Ein neues Haus aus Stein, versichert gegen Diebstahl soll bis spätestens zu den Osterferien gebaut werden. Bis zu der Zeit soll provisorisch mit einem Bauwagen für die Betreuer und einem Toilettenwagen der Spielbetrieb aufrecht erhalten werden.

Hinter diesen Forderungen stehen auch die Kinder, die gleich am Brandtag aus Eigeninitiative ca. 400 Unterschriften für die sofortige Öffnung des Platzes gesammelt hatten. Jugendliche malten Schilder mit der Aufschrift: „Rahmer, sollen eure Kinder wieder auf der Straße spielen?" – „Rahmer, kämpft um euren Bauspielplatz und unsere Betreuer!" Diese Plakate hängten sie an ihr Auto, bastelten sich eine Lautsprecheranlage und fuhren den ganzen Tag durch die Siedlung. Auch die Betreuer unterstützen diese Forderung.

Die Eltern sind fest entschlossen, für den Bauspielplatz ihrer Kinder zu kämpfen. Sie sagen: „Wenn alles nicht hilft, müssen wir halt mit den Kindern wieder eine Demonstration wie vor zwei Jahren machen. Das hilft sicher." Es ist sicher, daß die Eltern zu diesen Worten auch stehen und sie in die Tat umsetzen werden.

Parteibüros der KPD/ML

Zentrales Büro und Landesverband (LV) NRW
Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92, Öffnungszeiten: Mo-Fr. 15-18, Sa 10-14 Uhr.

LV Wasserkante
Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/ 43 99 137, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen
Hannover, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/ 44 51 62, Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest
Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 67 44, Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg
Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

LV Bayern
München 2, Buchladen „Roter Morgen", Thalkirchner Str. 19, Tel.: 089 / 77 51 79, Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin
Wedding (65), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 46 52 807, Öffnungszeiten Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

weitere Parteibüros:

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Öffnungszeiten: Mo., Do. und Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, Öffnungszeiten: Mo-Fr, 17.30-19, Sa. 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Mi. und Fr. 16-19, Sa. 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16-18.30, Sa. 10-13 Uhr.

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74 762, Öffnungszeiten: Mo.-Fr., 15-18.30 Sa. 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b, Öffnungszeiten: Di. und Do. 17-19, Sa. 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

Parteiveranstaltungen

RÜSSELSHEIM
„Zündkerze-Pressefest", 7. 12., 18 Uhr, Stadthalle Rüsselsheim.

FRIEDRICHSHAFEN
Diavortrag über Albanien. 30. 11., 16 Uhr, Gaststätte „Waldhorn".

NÜRNBERG
Albanienveranstaltung mit Diavortrag. 29. 11., 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Schlachthof".

GÖTTINGEN
Diavortrag über Albanien. 6. 12., 18.30 Uhr, Weender Landstr. 41, „Berliner Hof".